

b unabhängige **40 JAHRE** **auernstimme**



Oktober 2016
Nummer 403 – K 12858 / 3,45 €



Ein eindrucksvolles Zeichen setzen Hunderttausende bei Großdemonstrationen gegen CETA und TTIP. Mit dabei als Redner, Treckerfahrer, Teilnehmer: Bäuerinnen und Bauern.



Die Milchkrise das Dauerthema: Warum im Keller stattfindende Preissteigerungen nichts entspannen, was dem Kartellamt für einen fairen Wettbewerb fehlt, wie gläsern manche Geschäftspraxis ist.



Wie soll sich die Gemeinsame europäische Agrarpolitik in zukünftigen Reformprozessen verändern. Die Engländer sind raus und machen sich für ihre Landwirtschaft ganz eigene Gedanken.



Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Foto: Nürnberger

Markt fair machen



Die Seite 3

Sie werden die Welt nicht retten! 3



Agrarpolitik

TTIP und CETA stoppen! 4

EU-Agrarpolitik wieder stärker in der Diskussion 6

Frischer Wind für unsere Sozialversicherung 7



Bewegung

Die Professorin auf dem Hof und im Stall 8

Nicht gerade gläsern 16

Umgang mit Kirchenland 17

Eine Reise durch's neue Sojaland 18

Bäuerliche Genüsse 20



Schwerpunkt

Milch, Macht und Subventionen 11

Milchmarktpraxis unter kartellrechtlicher Lupe 12

Nicht als Verlierer fühlen 13

Talfahrt gestoppt, der Preis erholt sich 14



Weitere Themen

Zu Besuch bei Petra Müller und Bernd Schmitz, Seite 9; Jubiläum, Seite 10; Nachbau, Seite 15; Landleben, Seite 19; Lesen, Seite 21; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23

Für bäuerliche Anliegen auf die Straße

Wie hier auf dem Titel in Frankfurt mit Traktoren vor der Kulisse der Finanztürme des Bankenviertels waren am 17. September bei den Großdemonstrationen gegen die Freihandelsabkommen CETA und TTIP auch in den anderen sechs Städten – München, Stuttgart, Köln, Leipzig, Berlin, Hamburg – Bäuerinnen und Bauern sicht- und hörbar präsent mit ihrer Ablehnung der geplanten Abkommen der EU mit Kanada und den USA. cw



Krise? Welche Krise?

Wenn man manche Verlautbarungen der letzten Tage hört und liest, bekommt man den Eindruck, die Milchkrise sei schon vorbei. Die Märkte tendieren fester, Butter ist gefragt und wird im Einzelhandel klammheimlich teurer, auf den Spotmärkten ist Milch richtig wertvoll mit 37 Cent in den Niederlanden, der Kieler Rohstoffwert liegt wieder bei 27 Cent, und ja – sogar einige Molkereien erhöhen moderat die Auszahlungspreise. Damit ist der leichte Aufwärtstrend nun auch bei den schwächsten Gliedern in der Wertschöpfungskette, den Milchbäuerinnen und -bauern angekommen, es sei denn, sie haben das Pech, an die Leuchtturmmolkerei DMK zu liefern, dann müssen sie sich noch ein wenig gedulden. Bauernverbandsvertreter frohlocken, haben schon sage und schreibe 30 Cent zum Jahresende im Blick und verkünden: Viele Betriebe werden die Krise überstehen. Wie schön!

Hat der Markt es also gerichtet? Können wir wieder zur Tagesordnung übergehen, weiter melken, aufstocken, Märkte erschließen, als sei nichts gewesen? Keinesfalls! Zur Erinnerung: Die Preise liegen immer noch flächendeckend 15 Cent unterhalb der Kostendeckung. Betriebe kämpfen verzweifelt ums Überleben, auf vielen Höfen und in vielen Familien herrschen Resignation, Verzweiflung oder gar Weltuntergangsstimmung. Viele werden ihre Betriebe noch aufgeben, und zwar dann, wenn es wieder ein wenig aufwärts geht, denn dann sind Vieh, Maschinen und auch Flächen besser zu vermarkten. Die meisten Bauern sind so frustriert, weil sie begriffen haben: Diese Krise ist kein Betriebsunfall eines an sich funktionierenden Systems, sondern eine direkte Folge dieses Systems, das nur den Molkereien und dem Handel nützt. Diese und auch der Bauernverband und die Bundespolitik, die seinen Einflüsterungen gefolgt ist, weigern sich immer noch, ihre Mitschuld einzugestehen und Verantwortung zu übernehmen. Zwar bewegen sich die europäische und die Bundespolitik mit Trippelschrittchen in die richtige Richtung, bieten ein Mengenreduzierungsprogramm von 150 Millionen Euro an und auch weitere Gelder sollen an Mengendisziplin gebunden werden – vor wenigen Monaten noch undenkbar!

Diese kleinen Erfolge sind dem beharrlichen Kampf vieler Bäuerinnen und Bauern zu verdanken, nicht zuletzt auch aus den Reihen der AbL. Widerwillig müssen Minister Schmidt und sein Haus unsere Konzepte übernehmen, weil sie selbst vollkommen rat- und hilflos sind. Allerdings erfolgt die Umsetzung zögerlich, bürokratisch und in viel zu geringem Maße, alles wohl in der Hoffnung, die Krise sei vorbei, bevor die Kriseninstrumente greifen. Anders der französische Landwirtschaftsminister, er legt auf die 14 Cent von der EU je Liter Reduzierung noch zehn Cent obendrauf, aber nur für Betriebe, die weitermelken, damit die beginnende Erholung genau diesen Betrieben nützt und schneller vorgeht. Und unsere Molkereien? Monatelang haben sie sich hartherzig geweigert, die von der Politik vorgegebene Reduzierung innerhalb der Branche umzusetzen, und jetzt raten sie ihren Lieferanten teilweise von der Teilnahme ab! Hier wird sehr deutlich, dass sie vor allem an viel billiger Milch interessiert sind. Die niederländische FrieslandCampina dagegen unterstützt die staatliche Reduzierung mit zehn Cent Drossel-Bonus aus der Molkereikasse, ausdrücklich auch, um die Wertschöpfung für die Milch zu erhöhen. Es geht also auch anders als in Deutschland, wo die unheilige Allianz von Bauernverband, Molkereien und Politik dazu führt, dass die Interessen der Bauern mit Füßen getreten werden.

Diese Zusammenhänge deutlich zu machen und Alternativen aufzuzeigen, ist die wichtige Aufgabe der AbL. Deshalb steht sie überall an der Seite von Bäuerinnen und Bauern, wenn diese sich zur Wehr setzen und mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf ihre Lage aufmerksam machen. Ebenso ist die AbL vorne mit dabei, wenn es gilt, Alternativen zum Wachsen oder Weichen, zur ständigen Intensivierung und zur Exportorientierung aufzuzeigen. Eine andere Art von Milcherzeugung – nachhaltig, tiergerecht und im Einklang mit der Gesellschaft – ist möglich. Darum bringen wir Initiativen wie wiederkäuergerechte Fütterung mit wenig Kraftfutter, Weidemilcherzeugung, gentechnikfreie Milch oder Biomilch gemeinsam mit Berufskollegen voran. Das eine gibt es nicht ohne das andere, Widerstand und Selbsthilfe sind zwei Seiten einer Medaille!

Ottmar Ilchmann, stellvertretender AbL-Vorsitzender

Sie werden die Welt nicht retten!

Immer größere Agrarchemiekonzerne wollen an der Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung verdienen

Bayer und Monsanto schließen sich zusammen. Das Gefühl eines Donnerschlags lief über das Land, über E-Mail-Verteiler, Presseportale und durch die Kommentarspalten der Zeitungen. Das böse Gentechnikunternehmen aus Amerika und der deutsche Pharmariese. Monsanto mit seinem Herrschafts- und Besitzanspruch, mit seinen Patenten auf Pflanzen und Tiere. Das Unternehmen, das Farmer und Regierungen verklagt, wenn es seine Patente bedroht sieht. Ein Unternehmen, das mit seiner Kombination aus dem Totalherbizid Glyphosat und den dazugehörigen resistenten Soja-, Mais- und Baumwollpflanzen ein neues Agrarsystem geprägt hat: großflächig, durch industriell rationalisierten Anbau von Cash-Crops, nicht selten, vor allem in Südamerika, zu Lasten der einheimischen Bevölkerung. Deren Dörfer liegen zum Teil mitten in den Feldern und werden einfach mit besprüht. Schädigungen der Kinder im Mutterleib und hohe Krebsraten sind die Folge. Die Schuld von Monsanto? Natürlich ist das Unternehmen nicht für den missbräuchlichen Einsatz seiner Produkte verantwortlich. Verantwortlich aber ist es für das Agrarsystem, das deren Einsatz erst sinnvoll werden lässt und das von Monsanto mit vorangetrieben wird.

Der Bauer hat keine Stimme

„Jetzt beginnt eine neue Zeit in der Landwirtschaft – eine Zeit mit bedeutenden Herausforderungen, die neue nachhaltige Lösungen und Technologien verlangt, damit Landwirte bei weniger Einsatzmitteln mehr produzieren können“, gibt sich die Pressestelle von Bayer erfolgstrunken. Doch die Landwirte verkommen in diesem Wirtschaftsmodell immer mehr zu Rohstofflieferanten, werden zu Feldarbeitern, denen nicht einmal mehr Land und Maschinen gehören müssten. Monsanto und Bayer vereinen über 90 Prozent der gentechnisch veränderten Pflanzen in ihren Unternehmen. Die Abhängigkeit freier Bauern, aber auch der nachfolgenden Lebensmittelindustrie und der Verbraucher könnte wohl kaum größer sein. Das internationale Geschäft mit Pestiziden und Saatgut wird zu immerhin 28 Prozent von Bayer und Monsanto bestritten. Für knapp 59 Milliarden Euro kauft der deutsche Chemiekonzern Bayer den US-Konkurrenten Monsanto und könnte damit größter Saatgut- und Pe-

stizidhersteller weltweit werden. Im vergangenen Jahr machten beide Unternehmen zusammengerechnet pro forma einen Umsatz von 23 Milliarden Euro im Agrarbereich. Auch seinen Aktionären, die augenblicklich kritisch auf die im Rahmen der Übernahme massiv gewachsene Verschuldung von Bayer blicken dürften, macht das Unternehmen Hoffnung: „Neben dem langfristigen Wertschaffungspotenzial durch den Zusammenschluss erwartet Bayer, dass seine Aktionäre von einem posi-

Sorten besitzen sollen? Was erhalten und was verworfen wird? Es sind staatliche Einrichtungen, die die Genbanken betreiben, die die Vielfalt bewahren und damit die Grundlage für heute noch nicht absehbare zukünftige Herausforderungen infolge von Klimawandel und Umwelterstörung, Erosion der Böden und Wassermangel. Aber es sind die Unternehmen und weltweit agierenden Konzerne, die das Saatgut kontrollieren und die ihr Geschäftsmodell auf die Entwicklung im-

Die Kombination aus Pestizid und Pflanze, ob nun resistent oder im Anbausystem so anfällig, dass sie ohne chemische Unterstützung nicht angebaut werden kann, ist für Agrarchemiekonzerne wie Bayer oder Monsanto schon jetzt ein sicheres Einkommensmodell. Ein System wie beispielsweise das Totalherbizid Glyphosat zusammen mit den dazugehörigen resistenten Pflanzen scheint unschlagbar. Viele neu entstandene Unkrautresistenzen haben allerdings die Grenzen dieses Systems aufgezeigt. Mit den Methoden der neuen Gentechnik, die beide Unternehmen nicht als solche verstanden und vor allem nicht gekennzeichnet und reglementiert sehen wollen, stehen aber schon die Techniken für die nächste Generation von Genpflanzen zur Verfügung.

Nicht mit uns

Das Recht auf Nahrung ist ein fundamentales Menschenrecht und in vielen Konventionen haben sich Staaten darauf verpflichtet. Dennoch besteht in vielen Ländern eine große Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Immer schwieriger wird die Umsetzung des Rechts auf Nahrung, wenn Konzerne global über Ländergrenzen hinweg agieren und ihre Gewinne abschöpfen wollen. „Die Vereinten Nationen stellen in ihren Jahresberichten immer wieder fest, dass genügend Lebensmittel auf der Welt erzeugt werden, aber es mangelt an der gerechten Verteilung und an freiem Zugang zu Wasser, Boden, Saatgut und Bildung“, stellt Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft fest. Die Konzentration der Nahrungsgrundlage, des Saatguts, bei wenigen Unternehmen bedroht die Ernährungssouveränität der Bevölkerung. Sich nicht von Unternehmen diktieren zu lassen, was wie angebaut werden darf, das haben sich Initiativen weltweit zur Aufgabe gemacht. Für Georg Janßen ist der Zusammenschluss von Monsanto und Bayer eine Kampfansage, die darin liegt, „dass sie die Lebensmittelerzeugung vom Acker des Bauern bis zum Teller des Verbrauchers in den Griff bekommen wollen. Der internationale Saatgut- und Lebensmittelmarkt verspricht Macht und enorme Profite. Warum sollten wir als Zivilgesellschaft zulassen, dass unsere Lebensgrundlagen in die Hände weniger Konzerne gelegt werden?“ *mm*



Die AbL bezieht Position in Sachen Monsanto/Bayer

Foto: Schievelbein

tiven Beitrag zum bereinigten Ergebnis je Aktie im ersten vollen Jahr nach Abschluss der Transaktion profitieren werden. Für das dritte volle Jahr wird ein positiver Beitrag im zweistelligen Prozentbereich erwartet“, so das Unternehmen auf seiner Homepage.

Global statt regional

Schon in den vergangenen Jahrzehnten unterlag der Saatgutmarkt, die Vielfalt der Saatgutzüchter, einem fortschreitenden Konzentrationsprozess. In der Kombination mit Patenten und Nachbaugebühren wurde und wird den Landwirten hier und weltweit die Selbstbestimmung über ihre Ernte immer weiter entzogen. Aber schon zum Zeitpunkt der Züchtung werden entscheidende Weichen gestellt. Wer entscheidet, was zukünftig angebaut werden soll? Welche Qualitäten die neuen

mer neuer Sorten und deren Verkauf an Bauern und Farmer weltweit ausgerichtet haben. Es ist nicht vorrangig ihr Ziel, die Menschen zu ernähren, auch wenn das in den Presseverlautbarungen immer wieder anklingt: „Die Agrarwirtschaft steht vor einer der größten Herausforderungen unserer Zeit: Wie schaffen wir es, bis zum Jahr 2050 zusätzlich drei Milliarden Menschen auf ökologisch nachhaltige Art und Weise zu ernähren?“ Als ginge es um einen globalen Rettungsplan, in dem die Agrarunternehmen gemeinsam die Versorgung der Menschheit zu ihrer zentralen Aufgabe gemacht hätten. Es dürften vielmehr das prognostizierte Wachstum der Menschheit und die dadurch steigende, gesicherte Nachfrage nach Lebensmitteln sein, weswegen die Unternehmen mit guten Gewinnen und Wachstumschancen rechnen.

TTIP und CETA Stoppen!

Tausende demonstrieren gegen diesen Freihandel

Ob Sonnenschein oder Regen, überall in der Republik demonstrieren Menschen gegen die Freihandelsabkommen CETA und TTIP. In sieben Städten fanden sich zeitgleich über 300.000 Menschen ein. In Berlin demonstrierten 70.000 Menschen, in Hamburg waren es 65.000, in Köln 55.000, in Frankfurt am Main 50.000, in Leipzig 15.000, in Stuttgart 40.000 und in München 25.000. Überall war es ein friedlicher, aber machtvoller Protest. Die Botschaft, klar und eindeutig formuliert: TTIP und CETA stoppen! Zu den sieben Demonstrationen aufgerufen hatte ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis von bundesweit mehr als 30 Aktivistennetzwerken, Wohlfahrts- und Sozialverbänden, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, Globalisierungskritikern, Jugendverbänden, Gewerkschaften, kirchlichen und entwicklungspolitischen Organisationen sowie Organisationen für Bürgerrechte, Kultur und nachhaltige Landwirtschaft. Dazu kommen hunderte Organisationen auf regionaler Ebene.

Die Fehlgeleiteten

Auch wenn die Befürworter der Freihandelsabkommen in den vergangenen Wochen versuchten, die Mobilisierung und das Unwohlsein der Bevölkerung auf ein angebliches Informationsdefizit zurückzuführen und Öffentliche die Inhalte der Abkommen auf die Angleichung von Produktionsnormen von Autoscheinwerfern und Blinkern zu reduzieren versuchen, wird doch in den

vielen Interviews und Reden auf den Demonstrationen im ganzen Land deutlich, dass die Menschen sich gut informiert und eine fundierte Meinung gebildet haben.

Es geht nicht nur um ein Ja oder Nein. Vielen Menschen geht es vor allem um das Wie. Wie kam CETA zustande? Hinter verschlossenen Türen wurde verhandelt. Nur durch Zufall kam der Vertragstext ans Licht der Öffentlichkeit. Wie kann es sein, dass ein von der Politik als so entscheidend bewertetes Abkommen ohne die Bevölkerung verabschiedet wird? „Wenn so etwas Entscheidendes abgestimmt und verhandelt werden soll, dann muss die Bevölkerung gefragt werden“, drückt eine Demonstrantin ihre Forderung an die Politiker aus.

Bäuerliche Landwirtschaft

Gegen die Globalisierung und für eine bäuerliche, nachhaltige Landwirtschaft sprach sich Moritz Schäfer, Milchbauer aus dem Vogelsberg und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, in Frankfurt aus. Er machte deutlich, dass bäuerliche, regional verwurzelte Betriebe keinen Nutzen von dieser Form des Freihandels haben. „Allein international agierende Agrokonzerne können einen Nutzen aus TTIP und CETA ziehen. Wir Bauern wollen aber nicht zu austauschbaren Rohstofflieferanten werden, sondern regional und nachhaltig produzieren.“ Deutlich sprach sich Schäfer auch gegen die Zerstörung von Lebensmittelmärkten in anderen Ländern in der



Eine Bühne für die Treckerfahrer und Milchbäuerin Anneli Wehling in Hamburg: „Lobbyisten und Politiker erzählen uns Bäuerinnen und Bauern, dass Freihandel Regionen von freien Bauern schaffen wird. In Wirklichkeit ist es so, dass er von Bauern befreite Regionen schaffen wird“, sagt die Schleswig-Holsteinerin.
Foto: Schievelbein

Folge von geschlossenen Freihandelsabkommen aus. Aktuell ist der kanadische Milchmarkt von den Konsequenzen aus CETA bedroht. Noch sind die kanadischen Milchpreise für die dortigen Bauern vergleichsweise hoch, weil Kanada seinen Markt gegenüber Importen abschotten und so Angebot und Nachfrage aneinander anpassen kann. CETA sieht allerdings zusätzliche Importquoten für europäischen Käse in Höhe von 18.500 Tonnen vor, das wären acht Prozent des kanadischen Käsemarkts.

Gentechnik draußen lassen

Nicht nur viele Bäuerinnen und Bauern, sondern auch die Mehrzahl der Verbraucher lehnen gentechnisch verändertes Saatgut und gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Was aber passiert mit den ungleichen Rechtslagen in Kanada, in den USA und in Europa infolge der zu verhandelnden Abkommen? Schon lange ist klar, dass die Gentechnikindustrie, aber auch die großen Handelsunternehmen versuchen, die europäischen Ohne-Gentechnik-Standards zu kippen. Zum einen, weil sie bei den Bauern einen großen Markt für ihr manipuliertes Saatgut wittern, aber auch, weil es sich als extrem aufwendig herausgestellt hat, eine gentechnikfreie Liefer- und Produktionskette aufrechtzuerhalten. Noch ist der europäische Markt so groß und interessant, dass dieser Standard gehalten wird. Im Hintergrund wird aber schon lange versucht, die Nulltoleranz aufzuweichen. Freihandelsabkommen sind ein Schritt auf dem Weg hin zur Angleichung von Standards, zum Abbau von Handelshindernissen.

Immer wieder waren vor allem aus dem

rechten Lager im Vorfeld der Demo anti-amerikanische Parolen laut geworden, die eine Abschottung des europäischen oder gar des deutschen Marktes bzw. Volkes forderten. Das ist nicht die Stimmung auf den Demonstrationen. Eine Demonstrantin drückte ihren Anspruch an den einen Welthandel so aus: „Freihandel ja, aber orientiert an ökologischen, sozialen Grundwerten. Nicht einseitig auf Wirtschaftsinteressen ausgerichtet.“

Während die Verhandlungen über das Abkommen TTIP mit den USA derzeit ins Stocken geraten sind und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel das Abkommen schon als faktisch gescheitert bezeichnet, hält er weiterhin am Abkommen CETA mit Kanada fest. CETA ist auch schon deutlich weiter vorangeschritten. Die Verhandlungen sind nahezu abgeschlossen, die Texte müssen jetzt noch ratifiziert werden.

Noch immer scheint nicht endgültig geklärt, ob die EU das Abkommen als gemischtes Abkommen versteht, was bedeuten würde, dass alle Länderparlamente die Texte ratifizieren müssten. Vor dem Hintergrund der massiven öffentlichen Anteilnahme, der großen Widerstände scheint es jedoch wahrscheinlich, dass sich auch die EU nicht über die Bevölkerung hinwegsetzen und die Mitgliedsländer übergehen kann. In jedem Fall wird das Abkommen, so sieht es derzeit aus, schon vorzeitig, noch vor der Zustimmung der Mitgliedsländer, vorläufig in Kraft treten.

Partei konvent der SPD:

Wir reden noch mal drüber, ändern



Dem Wahren, Schönen, Guten: Vor der Oper in Frankfurt

Foto: Nürnberger

Fortsetzung von Seite 4

aber nichts. Das ist wohl die Linie, die die SPD für ihren Umgang mit CETA festgelegt hat. Gegen den lange Zeit währenden Widerstand der Parlamentarischen Linken mit ihrem Sprecher Matthias Miersch. Diesen hatte Sigmar Gabriel, zwei Tage nach den Demonstrationen in sieben Städten, elegant eingebunden und ihm weitreichende Zugeständnisse abgerungen. Mierschs Rote Linie: Kein vorläufiges Inkrafttreten. Erst nach der Abstimmung der nationalen Parlamente könne das Abkommen umgesetzt werden. Die jetzt beschlossene Erweiterung zum Leitantrag: Es wird gefordert, sich „dafür einzusetzen“, dass „in einem ausführlichen Anhörungsprozess mit den nationalen Parlamenten und der Zivilgesellschaft die kontrovers diskutierten Fragen erörtert und Lösungsansätze entwickelt werden und das Abkommen bis zum Abschluss dieses Prozesses noch nicht vorläufig anzuwenden“. Für die Parteilinken ist dies eine Öffnung des CETA-Prozesses und ein Einstieg in konkrete Verhandlungen, die viele Monate oder Jahre dauern könnten. Ga-

brüel dagegen wird, so ist zu erwarten, dem Abkommen im EU-Ministerrat zustimmen.

Maria Noichl, Abgeordnete im Europaparlament, äußerte sich im Vorfeld des Konvents kritisch und sah durch den Leitantrag die von der Partei im vergangenen Jahr festgelegten roten Linien überschritten. Sie forderte daher das Abkommen abzulehnen anstatt nachzubessern und die Entscheidungen an andere Gremien zu delegieren. Im Nachhinein bedauerte sie das positive Votum des Parteikonvents und wiederholte ihre ablehnende Haltung.

Entschieden ist noch nichts. Der Geschäftsführer der Lobbyinitiative Neue soziale Marktwirtschaft, Hubertus Pellengahr, hat seine Werbetrommel angeworfen. Auch wenn er der Politik als solcher vorwirft, zu wenig für die Abkommen geworben zu haben, hält er weiterhin daran fest: „Wir wollen die Chance nutzen, dieses Abkommen zu Ende zu bringen.“

Es wird eine Aufgabe der Zivilgesellschaft bleiben, die Entwicklungen weiter kritisch zu hinterfragen, wachsam zu bleiben und sich lautstark einzumischen. *mn*

Fest ohne Gastgeber

Tractorfahrer übergeben US-Konsulat transatlantische Bauernerklärung
Im Zuge der Demonstrationen gegen CETA und TTIP besuchten in Hamburg kurz vor Demobeginn viele Tractorfahrer und Bauern das US-Konsulat. Allerdings blieb der Gesprächspartner diesem Treffen fern. „Bedauerlicher Weise haben Sie auf unsere Gesprächsanfrage für den heutigen Tag nicht reagiert. Das schürt unsere Sorge, dass die Intransparenz im Rahmen der weiteren Verhandlungen für TTIP fortgesetzt wird“, schreibt die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in einem Brief an US-Generalkonsulin Nancy Corbett. Dieser Brief ist mit der neuen transatlantischen Bauernerklärung während dieser Aktion an das US-Konsulat übergeben worden.

Denn kurz vorher haben die Bauernorganisationen National Family Farm Coalition (NFFC) aus den USA, die National Farmers Union (NFU) aus Kanada und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht mit dem Tenor: „Bäuerinnen und Bauern wollen kein CETA und TTIP“. Die Bauernorganisationen weisen darauf hin, dass die Landwirtschaft und ihre Bauernhöfe sowie die Umwelt auf beiden Seiten des Atlantiks die Verlierer sein werden. Die Gentechnikfreiheit stehe auf dem Spiel genauso wie eine qualitativ hochwertige und regionale Lebensmittelversorgung in Amerika und Europa, so die transatlantische Erklärung. Nur die Agrar- und Exportindustrie profitiere, weil sie durch die neuen Instrumente Investorenschutz und Regulatorische Kooperation mehr Einfluss auf politische Prozesse nehmen können.

„Es ist wichtig, dass wir uns mit unseren amerikanischen Berufskolleginnen und -kollegen zusammen tun und zeigen, dass TTIP und CETA anti-amerikanisch, anti-kanadisch und auch anti-europäisch sind“, sagt Gertraud Gafus, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Martin Schulz, AbL-Bundesvorsitzender ergänzt: „Die aktuelle Krise im Schweine- und Milchmarkt wird durch solche Abkommen noch verschärft, denn für diese sensiblen Produkte sollen die Schutzzölle fallen. Dann gewinnen auf dem Weltmarkt die Anbieter, also Molkereien und Schlachtkonzerne, den Zuschlag, die am billigsten ihre Produkte anbieten können.“ Die Bauernorganisation fordern gemeinsam, keine Übermacht für die Ernährungsindustrie, TTIP und CETA stoppen und stattdessen politische Rahmen für faire Erzeugerpreise, bäuerliche und agrarökologische Strukturen sowie gerechten Handel schaffen. Die Tractorfahrer in Hamburg riefen mit ihrer Aktion die US-Konsulin symbolisch auf, sich in ihrem Land für die Anliegen von Bäuerinnen und Bauern einzusetzen.

*Berit Thomsen,
AbL-Mitarbeiterin für internationale Agrarpolitik*

Transatlantische Bauernerklärung: abl-ev.de/themen/fairer-welthandel/positionen



Trotz Regen waren Leipzigs Straßen voller Demonstranten

Foto: www.ttip-demo.de



Im Cabrio kamen die Bauern zur Demo in Köln

Foto: Schmitz



Ein klares Statement gegen Rassismus an allen Orten: Hier in Berlin

Foto: Neugebauer



Nicht nur in München mit dabei: Die Mitglieder vom Motorradclub Kuhle Wampe

Foto: Brill

EU-Agrarpolitik wieder stärker in der Diskussion

Erwartungen über die Zeit nach 2020 und was heute schon möglich ist

Die Zukunft der EU-Agrarpolitik wird wieder stärker diskutiert, sowohl auf europäischer Ebene als auch in Deutschland. Unterschiedliche Akteure melden sich mit Kritik, Forderungen und Vorschlägen zu Wort. Während einige vor dem Hintergrund der schweren Marktkrisen in den Bereichen Milch, Schweinefleisch und Obst Änderungen bei den Kriseninstrumenten der Gemeinsamen Marktorganisation der EU fordern, nehmen sich andere vor allem das Geld im EU-Agrarhaushalt vor die Brust.

Die Milchmarktkrise lässt kaum eine andere Bilanz zu, als dass die Gemeinsame Marktorganisation versagt hat. Sie hat weder auf den starken Absturz der Erzeugerpreise noch auf die außergewöhnlich lange Dauer des Preistiefs wirksame Antworten gegeben. Das lag zum einen daran, dass es in der EU-Verordnung keine konkreten Instrumente zur Vermeidung oder Bekämpfung solcher Krisen gibt. Der vom EU-Parlament im Zuge der 2013er Re-

form eingebraachte Vorschlag eines mengenwirksamen Bonus-Malus-Systems in Krisenzeiten war damals maßgeblich am Widerstand Berlins gescheitert. Zum anderen hat es aber auch jetzt wieder am politischen Willen von EU-Kommission und EU-Agrarministerrat gemangelt: Sie haben die Verordnung immerhin angelegten Optionen nicht genutzt, um schnell Maßnahmen zur Reduzierung des Überangebots zu beschließen. Das nun ange-laufene finanzielle EU-Programm kommt reichlich spät und schwächlich daher. Was also sind die Lehren aus diesen Krisen? Wird es mehr geben als Versuche, die äußerst schwache Position der Bauern in der „Lebensmittelkette“ zu diskutieren und darauf ausgerechnet mit einer Stär-

Lehren aus den Krisen

kung der (Molkerei-)Genossenschaften zu reagieren? In Deutschland hat die größte Genossenschaft, das Deutsche Milchkontor DMK, Selbsthilfemaßnahmen verweigert und zahlt den schlechtesten Erzeugerpreis.

Das Versagen der Marktordnung aus Sicht der Mehrheit der Bauern wird aber auch anders genutzt: Im härter werdenden Kampf um die Gelder des EU-Haushaltes werden die Marktkrisen als Argument dafür eingesetzt, dass an der Höhe der Direktzahlungen in der 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nicht gerüttelt werden darf. In so einer Situation verbiete es sich, Umschichtungen hin zu zielgerichteten Programmen in der 2. Säule oder Differenzierungen der Gelder zu fordern. So klingt es beim Deutschen Bauernverband, bei der CDU, beim Bundeslandwirtschaftsministerium BMEL, und so spricht auch der dienst-älteste SPD-Landesmini-

ster Till Backhaus aus Mecklenburg-Vorpommern. Andere dagegen betonen, dass die Agrarausgaben mit jährlich rund 55 Milliarden Euro den größten Einzelposten im EU-Haushalt ausmachen. 75 Prozent davon geht in die Direktzahlungen, und weil diese Gelder auch nach Einführung des Greenings nicht wirklich an besondere Leistungen für Natur-, Umwelt- und Tierschutz gebunden sind, werden die Direktzahlungen als Fundgrube gesehen, oder als finanzielles Potenzial, um die erforderlichen Mehrleistungen von Bauern und anderen Akteuren im Ländlichen Raum zu bezahlen. Nicht mehr die Fläche soll Maßstab für Zahlungen sein, sondern die Erbringung besonderer Leistungen. Die ewige Debatte um eine gerechtere Verteilung der Zahlungen unter den Betrieben, um Staffelungen, Obergrenzen und Berücksichtigung der Arbeit wird dabei gar nicht mehr erwähnt. Übersetzt wird das dann mit „Abschaffung der Direktzahlungen“, was eine gewisse Aufmerksamkeit in der Fachöffentlichkeit verspricht. So ist das zu lesen bei beim Grünen-Minister aus Schleswig-Holstein Robert Habeck und dem EU-Abgeordneten Martin Häusling, bei der Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, und so argumentieren Bioverbände und Naturschutzverbände. Ihre Zielmarke dabei ist das Jahr 2020. Dann endet nach bisherigem Plan die derzeitige EU-Förderperiode (2014-2020), und eine neue Ära mit grundlegend anderer EU-Agrarpolitik soll beginnen – so die Hoffnung. An „die Reform 2020“ werden große Erwartungen geknüpft.

EU ohne Reformeifer

Es scheint so, als sei bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) automatisch von einem großen Reformwillen in Brüssel auszugehen. Schließlich gab es mit EU-Kommissar Fischler eine große Reform 1999 (Agenda 2000) und nach der BSE-Krise gleich noch eine Halbzeit-Reform 2003, Fischer Boel legte 2008 einen „Gesundheits-Check“ hin und Ciolos erreichte 2013 eine viel diskutierte Reform.

Die Europäische Union ist aber heute eine deutlich andere als noch 2014. Finanzkrise, Bankenkrise, Verschuldungskrise (nicht nur in Griechenland), Jugendarbeitslosigkeit, Ukraine-Konflikt und Russlands Importstopp, zunehmender Nationalismus in vielen EU-Mitgliedstaaten, der von gegenseitigem Unverständnis geprägte Umgang mit Hunderttausenden Flüchtlingen vor allem aus Kriegsregionen in Europas Nachbarschaft und nicht zuletzt die „Brexit“-Abstimmung in Großbritannien: Vor diesem Hintergrund hat unsere EU vor allem damit zu tun, nicht auseinander zu brechen. Die Fliehkräfte sind gewaltig. Da ist es unwahrscheinlich, dass ausgerechnet in der Agrarpolitik ein gemeinsames Anpacken für eine grundlegende Reform der Marktregeln und Geldströme auftaucht. Oberste Maxime der Staats- und Regierungschefs, des Europäischen Parlaments und der Kommission wird vielmehr sein, den Laden irgendwie zusammen zu halten und auf die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten einzugehen, nicht zuletzt beim Geld.

16 der bald 27 Mitgliedstaaten sind im EU-Agrarhaushalt Netto-Empfänger. Sie erhalten mehr an Direktzahlungen und Mitteln aus der 2. Säule (Ländliche Ent-

wicklungsförderung), als sie über ihre nationalen Beiträge an die EU zur Finanzierung der GAP beitragen. Viele der Netto-Empfänger sind bisher auch überfordert damit, für die Umsetzung der ganzen Bandbreite an zielspezifischen Fördermaßnahmen der 2. Säule die erforderlichen Verwaltungsstrukturen zu schaffen. Es ist einfacher, Geld pro Hektar zu verteilen als zur Honorierung für bestimmte Leistungen einzusetzen. Fünf Mitgliedstaaten sichten sogar EU-Mittel aus der 2. Säule in Direktzahlungen um (Polen sogar 25 Prozent).

Was daraus folgt

All das löst keines der Probleme, weder für die Mehrheit der Bauern, noch für Umwelt, Tierschutz und ländliche Entwicklung. Die Kritik an der GAP bleibt notwendig. Aber der Blick auf die GAP sollte erweitert werden. Denn die bestehende GAP bietet den Mitgliedstaaten heute viele Möglichkeiten, um in der Marktordnung und weit mehr noch in der Verwendung der EU-Gelder im Sinne von Bauern und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen große Fortschritte zu erzielen:

Deutschland kann den Molkereien heute schon vorschreiben, in Verträgen mit den Milcherzeugern oder in den Lieferordnungen Mengen, Preise, Qualitäten und Vertragslaufzeit festzulegen. Deutschland kann im kommenden Jahr die Umschichtung von Direktzahlungen z.B. in Agrarumwelt- und Tierwohlprogramme der 2. Säule von heute 4,5 auf 15 Prozent erhöhen und damit eine Qualitätsstrategie mit mehr Wertschöpfung auf den Höfen vorantreiben. Deutschland kann jedes Jahr die Umschichtung auf die ersten Hektar je Betrieb von heute 7 auf 30 Prozent erhöhen, was Betriebe mit bis zu 100 ha stärken würde. Deutschland könnte bis zu 8 Prozent umschichten in eine an Weidehaltung von Schafen, Ziegen und Rindern gebundene Direktzahlung. Deutschland kann in der 2. Säule die Förderung in Höhe von bis zu 40 Prozent für immer größere Stallanlagen beenden und sich auf einen Umbau der Tierhaltung zum Wohle von Tieren und bäuerlichen Betrieben konzentrieren.

Je mehr davon umgesetzt wird, bevor auf EU-Ebene über die nächste GAP-Reform entschieden wird, umso größer sind die Chancen, dass die GAP-Reform in diesem Sinne gelingt. Die größten Bremser hierfür finden wir im eigenen Land.

Ulrich Jasper,
AbL-Bundesgeschäftsführer



Die nächste Reform muss auch das in die Jahre gekommene ehrwürdige Haus mit neuem Leben füllen. Foto: Giesers/pixelio

ster Till Backhaus aus Mecklenburg-Vorpommern. Andere dagegen betonen, dass die Agrarausgaben mit jährlich rund 55 Milliarden Euro den größten Einzelposten im EU-Haushalt ausmachen. 75 Prozent davon geht in die Direktzahlungen, und weil diese Gelder auch nach Einführung des Greenings nicht wirklich an besondere Leistungen für Natur-, Umwelt- und Tierschutz gebunden sind, werden die Direktzahlungen als Fundgrube gesehen, oder als finanzielles Potenzial, um die erforderlichen Mehrleistungen von Bauern und anderen Akteuren im Ländlichen Raum zu bezahlen. Nicht mehr die Fläche soll Maßstab für Zahlungen sein, sondern die Erbringung besonderer Leistungen. Die ewige Debatte um eine gerechtere Vertei-



Frischer Wind für unsere Sozialversicherung

Erstmals aufgestellte Freie Listen bei der Agrarsozialwahl brauchen Unterstützung

Agrarsozialwahlen 2017 – „Das Ganze kann mal frischen Wind gebrauchen“, ist Lucia Egner, bayerische Milchbäuerin, überzeugt. „Es ist wichtig mitzukriegen, was diskutiert wird, und wunde Punkte mal zu hinterfragen.“ Sie tritt für die Wahl zur Vertreterversammlung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) auf der Freien Liste für die Gruppe der Arbeitgeber als zweite Stellvertreterin an. „Der Bauernverband taucht in der Landwirtschaft in allen Bereichen als Platzhirsch mit Alleinvertretungsanspruch auf“, erklärt Josef Schmid, bayerischer Milchbauer, warum er auf der Freien Liste für die Gruppe der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte (SofA) kandidiert: „Aber es geht um die Interessen aller Bauern und Produktionsformen, und da ist es wichtig, dass da nicht nur ein Verband mit seinen Interessen unter sich ist.“ Dieser Meinung ist auch Josef Jacobi, nordrhein-westfälischer Milchbauer, der auf der Freien Liste der Arbeitgeber steht und langjährige Erfahrung in der Agrarsozialpolitik mitbringt: Er vertritt seit vielen Jahren die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), seit diese sich einen Platz auf der Arbeitgeberliste in Nordrhein-Westfalen erkämpft hatte: „Oft wird nur abge-

nachfragen und diskutieren. Wir brauchen viel mehr, die sich da engagieren.“

Beitragsstaffelung prüfen

Jacobi sieht die Neuerungen durch den Umgestaltungsprozess des Sozialversicherungssystems differenziert: „Die Beitragsbemessung der Berufsgenossenschaft anhand des Arbeitszeitbedarfes finde ich grundsätzlich in Ordnung, aber durch die gestaffelte Ausgestaltung, wie sie jetzt ist, kommen kleinere, viehhaltende Betriebe zu schlecht weg. Da muss man nachjustieren. Es geht darum, eine Beitragsgerechtigkeit zu schaffen. Auch wird innerhalb der Fläche nicht nach Bewirtschaftungsintensität gestaffelt. Eine extensive Grünlandnutzung wird dadurch benachteiligt.“ Ulrich Jasper, Geschäftsführer der AbL, kritisiert: „Für die Beitragsstaffelung wurde eine Mengendegression eingeführt, so dass bei steigender Betriebsgröße pro Einheit weniger Arbeitszeit angesetzt und die wiederum mit dem Unfallrisiko gleichgesetzt wird. Kleinere Betriebe zahlen damit pro Tier und Fläche ein Vielfaches. Das ist eine willkürliche Festlegung. Es gibt keinen Beleg dafür, dass eine Kuh im 30-Kuh-Betrieb doppelt so viel Unfallkosten verursacht wie im 400er Betrieb oder dass eine Legehennen in



Für mehr Solidarität und Gerechtigkeit im schönsten Beruf der Welt

Foto: Biokreis

einer 50er Freilandherde gar 14-mal so viele Unfälle verursacht wie im Betrieb mit 50.000 Hennen.“ Schmid ergänzt: „Ich möchte, dass das Beitragssystem anhand der tatsächlichen Unfallzahlen und -häufigkeiten überprüft und gerechter gemacht wird. Die Ausgestaltung muss eine Balance sein: zwischen der nötigen Solidarität untereinander und der Gerechtigkeit, je nach dem, wer Kosten verursacht.“

Interessen transparent machen

Die Solidarität sieht Jasper ziemlich unterhöhlt und auf Kosten kleinerer, vielfältiger Betriebe mehr als ausgereizt: „Mit der Umstellung auf bundeseinheitliche Beiträge wurde alles auf Entlastung der flächenstarken Betriebe vor allem in Ostdeutschland ausgelegt. Nach der alten Bemessungsgrundlage Fläche hätten sich deren Beiträge viel stärker erhöht. Nun gibt es Risikogruppen, so dass z. B. Ackerbauern oder Rinderhalter jeweils ihre Unfallkosten weitgehend selbst aufbringen müssen, und innerhalb der Gruppen wird gestaffelt. In der Agrarförderung ist es ganz anders – da bekommen alle Betriebe für jeden Hektar gleich viel, egal wie viel oder wenig Aufwand sie damit haben. Das ist kein Zufall – in der Sozialversicherung hat sich der Bauernverband für das System mit Staffelung und Arbeitsbezug eingesetzt, bei den EU-Direktzahlungen vehement eine gerechtere Verteilung, z. B. gestaffelt unter Berücksichtigung der Arbeit, bekämpft.“

Neben Ungerechtigkeiten bei den Beiträgen sieht Lucia Egner vor allem Handlungsbedarf bei der Altersabsicherung: „Bei einem Leben voll Arbeit muss auch eine anständige Rente dabei herauskommen.“ Die landwirtschaftliche Teilrente ist historisch entstanden und soll durch das Betriebsvermögen und Altenteilerverträge ergänzt werden. Dafür sind die Beiträge vergleichsweise niedrig, ergänzt durch hohe Bundeszuschüsse. Mittlerweile sorgt der Strukturwandel in der Landwirtschaft jedoch für immer weniger Einzahler und weniger Hofnachfolger. Wer kann, lässt sich auf Grund einer sozialversicherungspflichtigen Nebentätigkeit befreien. „Die Mittelausstattung kipzelt und die Leistung ist nicht mehr zeitgemäß“, sorgt sich Egner, „das muss doch attraktiver zu gestalten sein.“ Als agrarstrukturelles Instrument steht außerdem insbesondere die Hofabgabeklausel in der Kritik. Altbauern, die ihre Pflichtbeiträge gezahlt haben, bekommen keine Rente ausgezahlt, solange sie ihren Hof weiterführen. Ob mit oder ohne Nachfolger oder Vermögen. Seit der letzten Neuerung werden die Rentenleistungen für den Zeitpunkt einer späteren Hofaufgabe zwar angeschrieben, „aber um die Leistung dann wirklich zu bekommen, die mir z. B. für die letzten fünf Jahre zusteht, müsste ich jetzt insgesamt 130 Jahre alt werden“, fasst Josef Jacobi den Haken an der Sache zusammen. *cw*

Agrarsozialpolitik gerechter machen!

Die Landwirtschaft hat ein eigenständiges Sozialversicherungssystem. Erstmals werden nach der Umgestaltung und Zusammenfassung zu einem Bundesträger am 31. Mai 2017 alle Versicherten der „Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau“ (SVLFG) eine bundesweite Vertreterversammlung wählen. Dieses „Parlament“ entscheidet über die Höhe der Beiträge, den Umfang der Leistungen und darüber, wie die Beratungsmöglichkeiten gestaltet werden. Vertreten sind drei Gruppen: die Selbständigen ohne (familien-)fremde Arbeitskräfte (SofA), die Arbeitgeber und die versicherten Arbeitnehmer.

Aus Unzufriedenheit über die bisherige Ausgestaltung haben sich Bäuerinnen und Bauern mit Imkern und Waldbesitzern zusammengetan, um für die ersten beiden Gruppen mit je einer „Freien Liste“ zur Wahl anzutreten. Erstmals könnte es so auch statt zu einer so genannten Friedenswahl mit nur je einer Liste zu einer wirklichen Wahl kommen. Um zugelassen zu werden, brauchen beide Freie Listen bis Mitte Oktober jeweils 1.000 Unterstützerunterschriften von Wahlberechtigten, d. h. in der SVLFG Unfallversicherten, aus ihrer eigenen Gruppe. In der bisherigen Praxis dominierten in der SofA-Gruppe die VertreterInnen der Landesbauernverbände. Der mit dem Deutschen Bauernverband eng verbundene Arbeitgeberverband bestimmte die Arbeitgebervertreter.

Wählen heißt Mitbestimmen und deshalb sind alle Bäuerinnen und Bauern aufgerufen, für ihre Vertretergruppe die Unterstützerlisten zu unterzeichnen – um am Wahltag die Wahl zu haben. Listen können selbst ausgedruckt oder angefordert werden. Dann heißt es unterschreiben, bei Nachbarn und Kollegen werben und dabei darauf achten, die Listen genau so, doppelseitig wie sie sind, zu verwenden und passend für die eigene Gruppe zu unterschreiben.

Mehr Infos, Kandidaten und Listen unter www.agrarsozialwahl.de

„Garantiert aus New York“

Ein blau-weißes Siegel kennzeichnet jetzt Obst und Gemüse, das im Staat New York angebaut wurde. Damit es auch für Konsumenten in New York City leichter wird, lokale Produkte zu kaufen, hat Gouverneur Andrew Cuomo 20 Millionen US-Dollar (knapp 18 Millionen Euro) für den Bau eines „Food Hub“ (eine Art Großmarkt) im New Yorker Stadtteil Bronx bewilligt. In einer 7.000 qm großen Halle sollen Produkte von Farmen aus dem Staat New York an Großküchen, kommunale Einrichtungen wie Altenheime oder Krankenhäuser, aber auch an Restaurants verkauft werden. Betreiben wird den Großmarkt die nicht kommerzielle Organisation GrowNYC, die bereits jetzt New Yorker Farmer bei der Vermarktung unterstützt. „Die Landwirtschaft ist eine tragende Säule der Wirtschaft im Staat New York“, erklärte Cuomo, das neue Siegel „New York Grown & Certified“ stärke die Verbindung zwischen Produzenten und Konsumenten und schaffe neue Möglichkeiten für die Entwicklung der Landwirtschaft des Staates. ml

Die Professorin auf dem Hof und im Stall

Sachsen-Anhalts neue Landwirtschaftsministerin zu Besuch bei AbLern

Ausgerechnet an diesem Morgen streifte das zweite Melkzeug und so bog der Dienstwagen der neuen sachsen-anhaltinischen Landwirtschaftsministerin Claudia Dalbert (Grüne) gerade in den Hof vom Sonnengut Gerster in Dietrichsroda ein, als sich die 16 Milchkühe gemächlich auf den Weg zu Kälbern und Futter begaben. Eingeladen zur Hofbesichtigung hatte der Landrat des Burgenlandkreises Götz Ulrich (CDU), da er der Ministerin neben einer großen Agrargesellschaft und heimischen Winzern auch einen bäuerlichen Betrieb präsentieren wollte, um die „Vielfalt“ der sachsen-anhaltinischen Landwirtschaft zu zeigen. Dies nahmen die AbLern aus Mitteldeutschland gern zum Anlass, um die vorausgegangenen Gespräche im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie mit Professorin Claudia Dalbert weiterzuführen und auf die Problemfelder, mit denen sich bäuerliche Betriebe konfrontiert sehen, aufmerksam zu machen. Nach den katastrophalen Wahlergebnissen der Landtagswahl im Frühjahr in Sachsen-Anhalt, schwierigen Koalitionsgesprächen, breitem Widerstand aus Reihen des Bauernverbandes und der CDU-Fraktion gegen eine Grüne, Fachfremde hatte Dalbert im Juni das Amt der Agrarministerin übernommen. Die studierte Diplompsychologin, gebürtige Kölnerin und Professorin für Pädagogische Psychologie lehrte bis zu ihrem Einzug als Abgeordnete für Bündnis 90/Die Grünen in den Magdeburger Landtag im Jahr 2011 an der Martin-Luther-Universität in Halle/Saale. Als Wissenschaftlerin beschäftigte sich Claudia Dalbert mit der Bedeutung des Gerechtigkeitserlebens –

der Frage, wer für Gerechtigkeit eintritt und was die Folgen von Ungerechtigkeits-erfahrungen sind.

Viel zu tun

Gerade dies ermutigte die AbLern, um einen zeitnahen Gesprächstermin nach dem Ministerwechsel zu kämpfen. So konnten sich Claudia und Gerhard Gerster, Michael Grolm und Uli Jasper am 28. Juni auf den Weg nach Magdeburg machen, um der neuen Ministerin und Staatssekretär Ralf Peter Weber sowohl die Arbeit der AbLern Mitteldeutschland als auch deren Vorschläge zur Stärkung bäuerlicher Landwirtschaft in Ostdeutschland vorzustellen – und stießen damit auf erfreulich offene Ohren. Kernthema des Gesprächs bildete die Frage nach dem Zugang zu Boden, geknüpft an die konkrete Forderung der AbLern, die Neugestaltung des Grundstücksverkehrsgesetzes, die vom Vorgänger Onko Aikens angeschoben worden war, wieder aufzunehmen. Des Weiteren mahnte die AbLern die Prüfung der Vergabepraxis landeseigener Flächen an. Dazu wurde ein Kriterienkatalog vorgelegt. Begrüßt wurde das vom Land aufgelegte Existenzgründungsprogramm, welches neue Betriebsgründungen unterstützen soll. Hier ist nach Meinung der AbLern ein gut funktionierendes Beratungssystem jedoch unabdingbar. Weitere Themen bildeten die Förderung von Anbau und Verwertung heimischen Eiweißes, die Förderung eines Weideprogramms, die Unterstützung der Initiative Thüringens zur gekoppelten Schafprämie, eine Positionierung des Ministeriums zum Thema Gentechnik in Bezug auf landesweiten Gentechnikverzicht sowie zu den neuen Gentechnikverfahren und die Förderung landwirtschaftlicher Ausbildung.

Anschauliche Politik

Während des nun folgenden Ministerbesuchs auf dem Sonnengut Ende August in Dietrichsroda konnten die in Magdeburg begonnenen Gespräche fortgeführt werden. Anschaulich erklärte Demeter-Bauer Gerhard Gerster vor Ort die auf dem Betrieb praktizierte muttergebundene Milchviehhaltung, die Verarbeitung und Vermarktung der hofeigenen Milch und deren Bedeutung im Hinblick auf die Milchkrise. Diskutiert wurden das neu aufgelegte Heckenprogramm des Landes und weitere Möglichkeiten, Bauern und Bäuerinnen darin zu unterstützen, großflächige Strukturen durch Hecken und Anpflanzung von Obstbäumen und Agroforestry aufzubrechen. Dabei ging es den AbLern auch um

eine praxisnahe, unbürokratische Umsetzung schon aufgelegter Programme. Auch der bisher oft einseitige Einsatz von Forschungsgeldern kam zur Sprache. Hier ist es dringend notwendig, sowohl die Zucht alter Nutztierassen als auch Saatgutinitiativen und den Anbau und die Verarbeitung heimischer Eiweißträger zu unterstützen. Anhand der Arbeit mit den Bienenvölkern erläuterte Bäuerin Claudia Gerster die auf dem Hof praktizierte Demonstrationsarbeit. Schulklassen, Vereinen und Hofbesuchern wird auf dem Lernort Bauernhof eine regionale, bäuerliche und biologische Landwirtschaft und Verarbeitung nahe gebracht. Abschließend konnten sich Ministerin, Landrat und die AbLern bei einem Frühstück stärken, die auf dem Hof hergestellten Produkte genießen und über weitere Möglichkeiten diskutieren, Sachsen-Anhalts Landwirtschaft bäuerlicher, fairer und umweltgerechter zu gestalten. Fest eingeplant ist nun auch die Beteiligung der Ministerin zum ersten Tag der Landwirtschaft am 30. Oktober 2016 in Bernburg. Schwerpunkt dieses Tages wird das Thema „Boden“ sein. In einer Podiumsdiskussion „Bäuerliche Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt ermöglichen“ wird Ministerin Dalbert sich den Fragen der Anwesenden stellen.

Unterstützung gesucht

Eine weitere AbLern-Initiative ist die Einrichtung eines Stammtisches in Sachsen-Anhalt, zu dem sich in Halle/Saale erstmals ein gutes Dutzend Interessierter zu angelegten Diskussionen trafen. Nach dem Vorbild Thüringens soll der Stammtisch nun regelmäßig stattfinden und bietet eine gute Gelegenheit, Pläne zu schmieden, Aufgaben zu verteilen, Erfolge zu feiern und Probleme zu besprechen. So wird dann auch Michael Beletes am 7. November 2016 zum zweiten Hallenser Stammtisch sein neues Buch „Land-Wende“ vorstellen.

All dies ist sehr erfreulich und macht Spaß – kostet aber natürlich auch Zeit und Kraft. Die Arbeit in Sachsen-Anhalt wird auf Dauer nicht von Thüringen aus stemmbar sein und so sucht die AbLern Mitteldeutschland zeitnah einen interessierten Menschen, welcher die Geschäftsführung für Sachsen-Anhalt übernehmen könnte und dazu beiträgt, dass die AbLern als bäuerlicher Interessenverband zukünftig eine kontinuierliche Arbeit vor Ort leisten kann.

Reiko Wöllert, Claudia Gerster,
AbLern Mitteldeutschland



Landwirtschaftsministerin Dalbert (3. v. l.) im Gespräch mit Claudia und Gerhard Gerster auf dem Hof Sonnengut der Familie
Foto: AbL

Betriebsspiegel:

Petra und Wolfgang Müller
55 ha Grünland,
50 Kühe, 25 Rinder,
Demeter-Betrieb seit 30 Jahren,
Heumilch seit 3 Jahren,
Milchvermarktung über eigene Erzeugergemeinschaft

Ein großer Baumarkt-Riese wirbt damit: „Respekt, wer’s selber macht“. Dabei gab es die doch schon immer, die Selbermacher: vom Anbau über Hege und Pflege, über die Ernte, sowie die Aufbereitung der vielen verschiedenen Produkte bis hin zur Vermarktung – unsere Direktvermarkter.

Es ist eine Freude, über so einen Wochenmarkt zu schlendern, alleine

das herrliche Angebot an Farben und Gerüchen wahrzunehmen. Dazu kommt euer Ideenreichtum, der einen schmunzeln lässt: fruchtige Kartoffelmarmelade, regionaler Whiskey gebrannt aus alten Getreidesorten wie Emmer oder Kamut, Gemüsechips, Löwenzahnsirup und, und, und ... Ihr lebt es uns schon lange vor, was Landwirtschaft wirklich kann: Vielfalt bei den Pflanzen, den Tieren, bei den Produkten, die aus allem entstehen können, und bei den Menschen. Und dadurch auch Vielfalt in den unterschiedlichen Regionen. Mein Erntedank geht heute an euch!

Respekt habe ich vor allem vor eurem Mut: Zum ersten braucht es Mut für den Zukunftsblick – seine Ar-

beitskraft einzusetzen für eine Sache, die es so noch nicht gibt, und ohne Garantie, ob sich dieser Zeit-, Kraft- und Geldaufwand auch wirklich lohnen wird. Zum zweiten braucht es Mut, solche Produkte zu kreieren, ansprechend zu verpacken und einen gerechten Preis festzulegen. Zum dritten braucht es Mut, einen ganzen Vormittag am Marktstand zu stehen und sich den Augen und der Kritik des Kunden auszusetzen. Und zum vierten braucht es aber auch Mut zum Scheitern, dass man Dinge, die sich wirklich nicht lohnen, auch loslassen und beenden kann. Respekt habe ich auch vor eurer großen Geduld und einem Lächeln für den Kunden, der nur drei Stück Kartoffeln

anstatt drei Kilogramm Kartoffeln einkauft. Respekt aber auch davor, dass ihr uns wieder richtiges Marktreiben in all seinen Facetten schenkt. Nostalgie-Geschwätz – NEIN: Zukunftsmusik! Lasst uns die Marktplätze in den Städten und Dörfern wieder füllen mit in jeder Hinsicht guten Produkten, überraschenden alten und neuen Rezepten und mit der spürbaren Freude an der Landwirtschaft.

Direktvermarktung hat viele Gesichter: der Marktstand, der Hofladen, der Überlandverkaufsfahrer und auch der Erzeuger, der den Einzelhändler direkt beliefert. Dabei sind noch längst nicht alle Optionen ausgeschöpft. Es braucht handwerklich gut ausgebildete Menschen, damit hochwertige Produkte entstehen können. Es braucht Netzwerke für gute Handelsbeziehungen, damit noch mehr Betriebe daran teilhaben können. Vor allem aber braucht es Menschen, die begeistert ihre Arbeit tun.

Es ist keine Lösung für alle, aber eine Möglichkeit für viele. „Es gibt immer was zu tun!“, sagt der andere Baumarkt-Riese.

*Petra Müller,
Bad Wurzach*

Erntedank von und für Selbermacher

Gibt’s da überhaupt dieses Jahr was zu feiern? Der Gedanke kam mir beim Nachdenken über das Thema. Dabei kamen mir auch befreundete Bauern und die Höfe um mich herum in den Sinn. Eben die, wo ich genauer mitbekomme, was wirklich abgeht hinter den Hoftoren. Bei den geschützten Großanlagen mit den Sicherheitszäunen hab ich mich das nicht gefragt.

Ich muss zugeben, dort habe ich das Gefühl, dass sich die Schweine und Hühner mehr auf dem Lande wehren, als die Bauern selbst. Aber von den bäuerlichen Höfen, wo die Familien das ganze Jahr über schon angespannt, mit blank liegenden Nerven irgendwie über die Runden kommen, habe ich viele Gesprächseindrücke.

Also wer kann denn dieses Jahr ‚Danke‘ sagen, wenn der letzte Sommermonat gegangen ist? Wir werden es auf unserem Hof wieder zusammen mit der evangelischen Kirchengemeinde tun und der Erntedankgottesdienst ist immer für alle offen und wird auch so angenommen. Nicht aus reiner schöner Tradition, die es für viele Kirchengemeindemitglieder mittlerweile geworden ist. Sondern weil es doch das Glück der gesund durchs Jahr gekommen Familie gibt und die Ausfälle in diesem verrückten Jahr voller Wetterkapriolen erträglich blieben. Und bäuerliche Werte und Saatgut machen wir zum Thema.

In dem Erntedankgottesdienst auch zu sagen, dass viele Höfe diesen Herbst nur noch mit geschlossenen Hoftoren erreicht haben, wird wichtig sein. Gelegenheit ausführlicher über die Gründe und die daraus entstehenden Konse-



Erntedank auf dem Hof

quenzen auf dem Land nachzudenken und sprechen, wird es beim gemeinsamen Essen geben.

Danke sagen können vielleicht die Biobetriebe in diesem Jahr leichter, weil ihre Vermarktungssituation besser ist. Durch die öffentliche Arbeit der vielen Bäuerinnen und Bauern von AbL und BDM, darunter Biobauern, sowie durch die vielen Beteiligten an der ‚Wir haben es satt‘ Demonstration wurde mehr Bewusstsein geschaffen und die Bereitschaft gute Arbeit zu belohnen, ist in der Bevölkerung gestiegen. Erkennbare Einkaufsalternativen sind für Viele Bioprodukte; stabile Preise besonders bei Milch sind zurzeit ein Anzeichen in diesem Markt. Auch denjenigen, die weiter machen bei der Bewusstseinsbildung für die Werte der

bäuerlichen Landwirtschaft, gilt es doch Danke zu sagen. Fundamente werden gelegt für anderes Handeln. Da meldeten sich Verantwortliche einer Eisdielen, eines Hotels und eines Fitnessstudios bei uns und haben es satt, diese billige Milch im Supermarkt zu kaufen. Ein Freund mit seiner Hofmolkerei wird sie beliefern können. Die Milch unserer Kühe braucht die Upländer Bauernmolkerei, die sich bei vielen Kunden wachsender Beliebtheit erfreut. Hierfür sage ich auch gerne Danke, denn es hält unseren Betrieb stabil im scharfen Wind des Alltags.

Wir werden den Erntedanktag mit einem Hoffest unserer Solidarischen Landwirtschaft verbinden. Denn die Gemeinschaft trägt dazu bei, dass wir zwei Azubis in der Freien Ausbildung

haben und zwei jungen Menschen eine sie erfüllende Arbeit im Gemüseanbau bieten können.

Ich wünsche euch und uns allen, Erntedank feiern können, trotz der täglichen Sorgen.

Auch da tut die Gemeinschaft gut.

*Bernd Schmitz,
Hennef-Hanf*

Betriebsspiegel:

Bernd Schmitz
80ha Fläche davon 65ha Grünland
das Gemüse der Solidarischen Landwirtschaft Bonn
50 Kühe und 65 Tiere Nachzucht
Naturschutzpflege
vor 10 Jahren auf Bioanbau umgestellt

„Zum Wohle der Industrie ...“

„... muss der Bauer den Kopf hinhalten“ – Exportoffensive gab's schon immer

Handelspolitik, die Frage, wessen Interessen bestimmte Deals folgen, wer profitiert und wer verliert, ist für die Unabhängige Bauernstimme seit 40 Jahren Thema. Begründet in der Haltung der Gründer, dass es sehr wohl in der Verantwortung der Bauern und Bäuerinnen liegt, wohin ihre Erzeugnisse unter was für Bedingungen verkauft werden. Und dabei ging es niemals nur um einen fairen Preis für bäuerliche Produkte, der auch für Betriebe auskömmlich sein muss, die nicht auf Wachstum und Rationalisierung gesetzt haben. Es ging auch immer darum, was Handel und Handelspolitik mit bäuerlicher Landwirtschaft überall sonst auf der Welt machen.

„Zeit für's Kopfschütteln: Es ist gerade ein Vierteljahr her, dass von allen möglichen Verbänden, Politikern und wissenschaftlichen Instituten die Forderung nach ‚grundlegenden Reformen‘ erhoben wurde. Egal wie unterschiedlich diese Reformpläne im Einzelnen auch waren, in einem waren sie sich alle einig: Es gebe ‚strukturelle Überschüsse‘, verursacht durch zu hohe Erzeugerpreise und zu viele landwirtschaftliche Betriebe. Auch der deutsche Bauernverband vertrat – nach einigem Zögern – diese Meinung, akzeptierte Abschlachtaktion, Nichtvermarktungsprämie und ‚Mitverantwortungsabgabe‘ als Instrumente zur Beseitigung dieser ‚strukturellen Überschüsse‘. Ist das nun alles Schnee von gestern, von der Frühlingssonne zum Schmelzen gebracht? Was hat sich geändert? Von ‚strukturellen Überschüssen‘ ist gesprochen worden, weil auf einigen Märkten sich das Verhältnis zwischen inländischer Produktion und Nachfrage auseinander entwickelte. Daran hat sich nichts geändert, im Gegenteil. Der

Selbstversorgungsgrad in der EG ist gestiegen, auch in den letzten Jahren. Bei zahlreichen Agrarprodukten liegt er um oder über 100 Prozent. Die großen Änderungen haben sich eindeutig im Export ergeben. Waren es früher vor allem Frankreich (Weizen) sowie Holland und Dänemark (Eier, Hähnchen, Schweine), so sind seit einiger Zeit auch die Bundesdeutsche Agrarindustrie und der Großhandel auf den Exportzug aufgestiegen. Diese Entwicklung ist alles andere als zufällig, sie wird aktiv von der Agrarindustrie, von den Regierungen und der EG-Kommission gefördert. (...) Jeder, der hofft, dass mit dem Exportzug wenigstens das Bauernsterben aufhören wird, der irrt. Denn auch – oder sogar gerade – für den Export ist die Nahrungswirtschaft sehr daran interessiert, dass die eigene Landwirtschaft ‚rationell‘ produziert, billig produziert. Doch bei einem so entscheidenden Thema wie Exportoffensive ist es unzulässig, nur danach zu fragen, welche Opfer sich daraus für die Bauern in der Bundesrepublik ergeben. Muss man die Auswirkungen hier als ‚gefährlich‘ kennzeichnen, so sind sie für die Menschen in den Entwicklungsländern geradezu lebensgefährlich.“ So stand es 1981 in der Unabhängigen Bauernstimme.

Einordnen

Da gab es schon längst Handelsabkommen, schließlich folgten TTIP und CETA einer Tradition. Schon 1975 unterzeichnete die – damals noch EG – den Lome-Vertrag mit den AKP-Staaten, 71 Ländern in Afrika, Asien und der Karibik. Die Industrieländer wollten billigen Zugang zu Rohstoffen und Möglichkeiten, ihre verarbeiteten Produkte günstig auf den Markt zu bringen. „Zum Wohle der Industrie

muss der Bauer seinen Kopf hinhalten. Damit Industrieprodukte exportiert werden können, müssen Agrarprodukte billig importiert werden. Das ist die eine Ursache für den Vertrag von Lome. Doch die andere wird verschwiegen. Was sollen die Entwicklungsländer denn anderes als Rohstoffe exportieren? Wenn sie verarbeitete Produkte exportieren wollen, dann werden sie daran gehindert. (...) Gegen die Ausfuhr industriell gefertigter Produkte richtet die EG Zollschranken auf, die sie bei Agrarprodukten abgebaut hat.“ Das stand 1979 in der Unabhängigen Bauernstimme zusammen mit einem Zitat des damaligen Bundeslandwirtschaftsministers Josef Ertl (FDP) aus einer Agrardebatte im Bundestag: „Die Agrarpolitik muss sich natürlich auch in unsere außenpolitische, außenhandelspolitische und wirtschaftspolitische Landschaft einordnen. Dazu brauchen z. B. die Deutschen zur Sicherung der Arbeitsplätze offene und größere Märkte.“

Es geht weiter

Fast fühlt man sich an Aussagen heutiger Politiker zu CETA und TTIP erinnert. Fairer Handel wurde noch nie durch Lobbyisten der Industrie ausgehandelt. Leider sitzen sie aber nach wie vor mit am Verhandlungstisch, wenn Handelsverträge entstehen, während die Bauern und Bäuerinnen außerhalb in Bündnissen mit der Zivilgesellschaft für ihre Interessen kämpfen. Über die Jahre und mit jedem weiteren Abkommen scheint die Sensibilität der Öffentlichkeit gestiegen zu sein und die Bereitschaft sich dafür einzusetzen, dass Bauern und Bäuerinnen weltweit faire Handelsbedingungen bekommen müssen.

cs

Urlaubsreisen gegen Pestizide

In Sachsen-Anhalt ermittelt die Staatsanwaltschaft in 17 landwirtschaftlichen Betrieben und gegen Mitarbeiter des Chemie-Konzerns BASF wegen Korruption. Angeblich sollen Mitarbeiter von BASF den zuständigen Personen in Agrarunternehmen für den Kauf von Saatgut und Pflanzenschutzmitteln Urlaubsreisen finanziert haben. Während die BASF-Mitarbeiter ihr „Promotions-Budget“ bemüht haben sollen, sind ihnen offenbar aber auch die Einkaufs-Manager der landwirtschaftlichen Betriebe durch zu hohe Zahlungen für die entsprechenden Einkäufe entgegen gekommen. cs



Nicht erst seit letzter Woche in Bündnissen für faire Handelsbedingungen

Foto: Schievelbein



„Vielen Bäuerinnen und Bauern steht das Wasser bis zum Hals. Stoppt das Höfesterben!“, mit dieser Botschaft verdeutlichten Aktive der Kampagne „Meine Landwirtschaft“, Aktion Agrar und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in der Ostsee die dramatische, existenzbedrohende Lage unzähliger Landwirte. Foto: Good Food Good Farming

Milch, Macht und Subventionen

Die Agrarministerkonferenz fordert aktive Marktsteuerungen und Schmidt verteilt EU-Gelder möglichst gleichmäßig

Mit 150 Metern gilt der Sandstrand in Rostock-Warnemünde als der breiteste der deutschen Ostseeküste. Hier, wo einen Tag später die Agrarminister der Länder zu ihrer Herbsttagung zusammenkommen sollten, versammelten sich ganz ungewöhnliche Badegäste. Aktive der Kampagne „Meine Landwirtschaft“, der Aktion Agrar und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft waren gekommen, um den Agrarministern ein klares Signal zu geben: „Vielen Bäuerinnen und Bauern steht das Wasser bis zum Hals. Stoppt das Höfesterben!“, lautete der Arbeitsauftrag an die Minister. Bis zum Hals im Wasser stehend hielten die Demonstrierenden ihre Banner in die Höhe.

Ministeriale Runde

Auch wenn der Milchmarkt und vor allem die Auszahlungspreise aktuell als die wohl drängendsten Themen wahrgenommen werden, standen auf der Tagesordnung der Agrarminister noch 35 weitere Punkte. Das Programm war also eng. Auf ihrem Treffen im Frühjahr an der Müritz hatten sich die Agrarminister fast schon kämpferisch gezeigt. „Das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage am Milchmarkt besteht fort. Nachfrageseitig sind kurzfristig keine Impulse zu erwarten. Es muss jetzt die Rohstoffmenge reduziert werden“, stellten die Minister damals fest und forderten neben den Molkereien auch Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt auf, Programme für eine Mengenreduzie-

rung umzusetzen. Sollten bis zum Herbst, also bis jetzt, „keine spürbaren Fortschritte erreicht werden“, baten sie das BMEL, „auf EU-Ebene die faktischen und rechtlichen Möglichkeiten einer zeitlich befristeten entschädigungslosen Mengenbegrenzung“ zu prüfen und umzusetzen.

In der Schule hätte man von Arbeitsverweigerung gesprochen, mindestens aber von „Thema verfehlt“, wenn man sich anschaut, was das Bundesministerium aus den klaren Vorgaben der Agrarministerkonferenz (AMK) im vergangenen halben Jahr gemacht hat. „Die bäuerliche Landwirtschaft kann sich auf unsere Unterstützung verlassen, denn sie ist unverzichtbar für unser Land.“ so das Abschlussdokument der AMK. Konkrete Schritte zu einer Mengenreduzierung indes fehlen oder werden bewusst vermieden. Zu stark der Druck aus dem Bauernverband und der Molkereindustrie. Dennoch betont das Ministerium, bereits 340 Millionen Euro an Liquiditätshilfen ausgeschüttet bzw. eingeplant zu haben. Eine Mengensteuerung sucht man allerdings vergebens. Es gab Geld für Betriebe, die einen Rückgang ihrer Erzeugerpreise um 19 Prozent nachweisen konnten, es gab Zuschüsse für die Landwirtschaftliche Unfallversicherung in den Jahren 2016 (78 Mio. Euro) und 2017 (78 Mio. Euro) und es gibt das Geld aus dem zweiten EU-Teilpaket in Höhe von 58 Mio. Euro, die nach Ankündigung des Bundes auf 116 Mio. Euro aufgestockt werden. Ver-

wendet werden soll dieses Geld offenbar für einen Bonus pro Liter Milchlieferung (also nicht Mengenreduzierung) für Milchviehbetriebe, die in einem bestimmten zukünftigen Zeitraum ihre Milchlieferung an eine Molkerei im Vergleich zu einem zurückliegenden Referenzzeitraum nicht ausdehnen, sondern konstant halten oder reduzieren. Verglichen werden könnte etwa die Anlieferungsmenge des Zeitraums 1. November 2016 bis 31. Januar 2017 mit der im gleichen Zeitraum des Vorjahres (1. November 2015 bis 31. Januar 2016). Gezahlt werden sollen an berechnete Betriebe 0,36 Cent pro Liter angelieferter Milch im Zeitraum 1. September 2015 bis 31. August 2016, so die vorläufigen Planungen.

Eine vertane Chance

Die bundesdeutsche Milchlieferungsmenge des anvisierten Referenzzeitraums liegt deutlich über der der Vorjahre 2013 und 2014. Das erklärt sich unter anderem dadurch, dass viele Betriebe trotz der Milchkrise ihre Menge erhöhten, um die Einbußen aus dem geringen Milcherlös auszugleichen. Wenn das Bundesministerium jetzt diese Hochphase der Milchlieferung zum Referenzzeitraum erklärt, dann werden nur wenige Betriebe diese Forderung nicht erfüllen können. Andererseits ist der Bonus pro Liter mit 0,36 Cent so gering, dass wachstumswillige Betriebe auf diesen verzichten werden. Bei einem Kuhbestand von 50 Tieren mit einer Milchleistung von 7.500 Li-

tern wären das 1.312 Euro. Bei 100 Kühen und 9.000 Litern Milchleistung 3.240 Euro. Dass es möglich ist, die Menge auch aktiv zu steuern, zeigt eine EU-Maßnahme. Mit 150 Mio. Euro und 14 Cent pro Liter reduzierter Milch unterstützt die EU all jene Landwirte, die in einem dreimonatigen Referenzzeitraum, beginnend ab Oktober 2016, weniger Milch anliefern als im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor. Allerdings lässt auch hier die Ausgestaltung vermuten, dass nicht eine möglichst großflächige, gleichmäßige Mengenreduktion um einige Prozent das Ziel war, um den Markt zu entlasten ohne den Strukturwandel anzufeuern. Gefördert wird auch, wer inzwischen gar keine Kühe mehr hat, Stichtag ist der 31. Juli 2016. Darüber hinaus wird eine Mengenreduktion um bis zu 50 Prozent gefördert – ebenfalls keine praxistaugliche Größenordnung für Betriebe, die zukünftig Milch erzeugen wollen. Dennoch zeigt auch dieses Programm, dass das Instrument der aktiven Mengenreduktion funktioniert und in die Praxis umsetzbar ist.

Agrarminister fordern

Im Vergleich zur Agrarministerkonferenz im Frühjahr liest sich das aktuelle Beschlussprotokoll wie weichgespült. Keine Forderungen mehr nach entschädigungsloser Mengenreduzierung. Vielmehr fordern sie alle Beteiligten auf, „die Marktstabilisierung durch umsichtiges Handeln mit dem Ziel zu festigen, möglichst rasch

Milchmarktpraxis unter kartellrechtlicher Lupe

Die Suche nach dem funktionierenden liberalen Markt und seine Regeln

Das Bundeskartellamt als oberster Wettbewerbsbehüter beobachtet die Geschäftsbeziehungen und Machtverhältnisse innerhalb des Milchmarktes schon seit geraumer Zeit. Andreas Mundt, der Präsident des Amtes, hat sich an verschiedensten Stellen kritisch dazu geäußert. In der anhaltenden Milchkrise gab er Ende Juli dem Infodienst Agra-Europe ein Interview und urteilte so deutlich wie scharf: „Ohne eine wirksame Mengensteuerung wird der Milchmarkt auch in Zukunft nicht wettbewerbsfähig funktionieren.“ Die Steuerung soll sich nach Ansicht der Behörde durch den Markt, d. h. durch Handlungen der Akteure, geleitet durch betriebliche Entscheidungen im Rahmen des wirtschaftlichen Wettbewerbs ergeben – getreu dem hauseigenen Motto: offene Märkte, fairer Wettbewerb. Doch nach wie vor ist zu viel Milch auf dem Markt.

Unfaire Lieferbedingungen

Die Gründe dafür vermuten die Kartellrechtler u. a. in den Lieferbedingungen der Molkereien, die sie deshalb seit dem Frühjahr in einem Verwaltungsverfahren unter die Lupe nehmen – in einem Pilotverfahren zunächst die der norddeutschen DMK (Deutsches Milchkontor). Geprüft werden laut Pressemitteilung u. a. die langfristigen Verträge, 100%ige Milchhandlungspflichten und das auch für den Lebensmittel Einzelhandel transparente Preisystem: „Der Wettbewerb der Molkereien um die Rohmilch wird hierdurch möglicherweise eingeschränkt und eine wirksame Mengensteuerung über den Markt behindert. Das ginge zu Lasten der Landwirte.“ Auch das übliche Vorgehen, die Erzeugerpreise erst nachträglich festzulegen, steht auf dem Prüfstand: „Das wirtschaftliche Risiko trägt hier einseitig der Landwirt.“ Mögliche Konsequenzen ordnet Mundt

folgendermaßen ein: „Unser Verfahren kann nicht die aktuelle Krise am Milchmarkt lösen. Kartellrechtskonforme Lieferbedingungen können aber dazu beitragen, dass der Milchmarkt mittelfristig besser funktioniert.“

Krisenlösung

Und jetzt? „Die Milchmenge ist wohl ein entscheidender Faktor bei der Suche nach einer nachhaltigen Lösung der Krise“, so Mundt gegenüber Agra-Europe, „(...) es ist sehr zweifelhaft, ob die Molkereien, die sich hieran [an Mengenabsprachen untereinander] nicht freiwillig beteiligen wollen, hierzu gezwungen werden können. Sinnvoller dürfte es sein, über Anreize dafür zu sorgen, dass Erzeuger ihre Produktionsmenge freiwillig senken.“ Grundsätzlich und langfristig wies das Kartellamt schon in seinem Zwischenbericht zur Sektoruntersuchung Milch aus dem Jahr 2010 auf die Notwendigkeit der Bündelung der Interessen von Milchbäuerinnen und -bauern zur Verbesserung ihrer Lage hin. Denn die „wettbewerbsrechtlich zulässigen Kooperationsmöglichkeiten sind also auf der Markt-

stufe, die keine signifikante Marktmacht hat, höher als auf anderen Marktstufen. Von dieser Möglichkeit haben die Erzeuger bislang jedoch lediglich ansatzweise Gebrauch gemacht.“

Eine Frage der Ziele

Zu beachten ist bei allen Bewertungen der Kartellrechtler: Es handelt sich um eine Prüfbehörde, die von liberalisierten Märkten mit ungestörtem Wettbewerb als vorgegebener politischer Zielrichtung ausgeht. Jegliche lenkende Eingriffe werden als kurzfristig betrachtet und mit politischen Motiven begründet: „Wie viele Notfallmaßnahmen der liberalisierte Milchmarkt noch braucht, muss letztlich die Agrarpolitik entscheiden; das ist kein kartellrechtliches Thema“, klärte Mundt das Selbstverständnis im Agra-Europe-Interview. Auch den sich verschärfenden Strukturwandel betrachtete die Behörde im Zwischenbericht nüchtern als logische Konsequenz: „Für eine Änderung der Liberalisierungspolitik der Europäischen Kommission und eine entsprechende Abkehr vom damit eingeleiteten Strukturwandel gibt es aktuell (...)

keinerlei Hinweise. Der Wandel (...) ist (...) politisch gewollt und von der Europäischen Kommission dementsprechend eingeleitet worden. Die Folgen der Reformen, auch für die Marktstufe der Milcherzeuger, sind dabei in Kauf genommen worden, wenn nicht sogar beabsichtigt.“ Das heißt wiederum, Widerstand gegen die Marktentwicklungen beinhaltet die Kritik an der Handelspolitik. Richtungsvorgaben zu diskutieren ist nicht Sache des Kartellamtes. Das ist Sache der Gesellschaft – wir müssen untereinander aushandeln, wie wir wirtschaften und welche Regeln es dabei geben soll. Gegenüber marktwirtschaftlich ausgerichteten Unternehmensinteressen liefert die Einschätzung des Bundeskartellamtes eine passende, kritische Argumentation auf gleicher Ebene. Deutlich wird, dass es nicht einfach rund läuft, wenn man „es dem Markt überlässt“. Weil es Vorbedingungen gibt, Konzentrationsprozesse, geschaffene Regeln. Der „freie Markt“ ist ein Kunstprodukt und wird in der Realität von Menschen gemacht, die als Gesellschaft mehr Ziele haben als den Freihandel. cw



Money, Money

Foto: Schottner/pixelio

Fortsetzung von Seite 11

ein besseres Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu erreichen“. Sie bedauern, „dass es bisher seitens der Wirtschaftsbeteiligten keine ernst zu nehmenden Signale zur Einführung freiwilliger Maßnahmen zur Mengensteuerung gibt“. Gefordert wird als Vorbereitung auf zukünftige Marktkrisen, „die rechtliche und inhaltliche Ausgestaltung sowie die zu erwartenden Wirkungen einer zeitlich befristeten entschädigungslosen eu-

ropaweiten Mengenbegrenzung bei schweren Marktstörungen eingehend“ zu beschreiben und zu bewerten. Bis zur nächsten Krise wird geprüft, das Instrument rückt in den Hintergrund. Stattdessen übernehmen die Agrarminister die Sprechweise des Bundesministeriums: Die Marktbeteiligten seien in der Pflicht, es brauche strukturelle und organisatorische Verbesserungen in der Milchbranche. Sie fordern von den Molkereien „die Bereitschaft, in den Verhandlungen mit den Erzeugern die Verträge so zu gestalten, dass die Marktrisiken nicht allein auf

der Erzeugerseite liegen“. Nur einen Satz zuvor stellen sie allerdings fest, „dass die bereits vorhandenen Möglichkeiten des geltenden Rechtsrahmens für die Gestaltung der Lieferverträge zwischen Molkereien und Milcherzeugern bisher nicht genutzt werden.“

Bis zum Hals

Die Bäuerinnen und Bauern, die nach Warnemünde gekommen waren, standen stellvertretend für ihre Kollegen bis zum Hals im Wasser. Kein Minister kam und hat sie rausgeholt.

Auch im übertragenen Sinne muss man feststellen, dass die Beschlüsse alles andere sind als eine machtvolle Demonstration der Einheit, die unterstützen würde, was die Agrarminister in ihrem Beschlussprotokoll feststellen: „... dass die bäuerliche Milchviehhaltung in Deutschland für eine flächendeckende Landwirtschaft und den Erhalt vitaler ländlicher Räume eine besondere Bedeutung hat.“ Wer Betriebe und Strukturen erhalten will, muss handeln und darf nicht immer nur bitten und betteln. mn

Nicht als Verlierer fühlen

Im Nordwesten Deutschlands protestieren Milchbauern und -bäuerinnen nach wie vor für ihre Interessen – allerdings auch nur dort

In Ostfriesland waren die Bauern frei, als anderswo in Deutschland Lehnswesen und Leibeigenschaft herrschten, sie wählten demokratisch ihre Häuptlinge. Vielleicht rührt daher jener besondere Widerstandsgeist, der ihnen nach wie vor nachgesagt wird, und den die Milchbauern und -bäuerinnen in diesen unruhigen Zeiten wie in keiner anderen Region in Deutschland hochhalten. Auf die Frage, warum die kämpferische Stimmung, die vor sieben Jahren den Milchstreik in ganz Deutschland möglich gemacht hat, vielerorts Resignation und Stillhalten gewichen ist, können auch die Ostfriesen nur spekulieren. „Ich hab’ das Gefühl, fast die Hälfte der Betriebe von damals hat sich verabschiedet“, sagt Milchbauer Steffen Hinrichs aus Hesel und meint nicht: verabschiedet aus dem aktiven Widerstand, sondern aus der Milcherzeugung. Es gebe so viele frustrierte Kollegen, die dann irgendwann doch aufgegeben hätten, sinniert er über die Situation, auch in Ostfriesland. Auch er selbst habe sich den Gegebenheiten angepasst und bilde momentan keinen Lehrling mehr im Betrieb aus, um Kosten zu sparen. „Denn wir wollen einfach nicht wachsen“, sagt er fast ein bisschen trotzig. Mit seinen 100 Kühen und 100 ha dachten er und seine Frau eigentlich einen Betrieb zu haben, den eine ihrer drei Töchter später mal weiterführt. Sie haben Spaß daran und helfen gerne mit. Dass nun kein Lehrling mehr da ist, sorgt zum einen für einen Verlust an Lebensqualität, aber es ist auch der Verlust eines Arbeitsplatzes im ländlichen Raum – sicher nicht der einzige. „Es leiden ja alle, auch die Landhändler, die kaum noch Aufträge kriegen oder die Tierärzte“, so Hinrichs. Offene Unterstützung gebe es aber wenig, ein Landhändler habe ihm gesagt, er gebe lieber ein bisschen Geld, damit die Bauern und Bäuerinnen weiter demonstrieren könnten, als selbst mit dabei zu sein. Zu groß ist die Sorge offenbar, in einen negativen Sog zu geraten. Auch ist der Druck von anderer Seite groß. Schon letztes Jahr blockierten die ostfriesischen Bauern und Bäuerinnen Molkereien und Großlager des Lebensmitteleinzelhandels, um die verschiedenen Verantwortlichen für die Krise zu adressieren. Bereits damals gab es Anrufe der genossenschaftlichen Molkereien bei vermeintlichen Rädelsführern vor ihren Werkstoren, man solle doch darauf verzichten, das eigene Unternehmen zu schädigen, sonst müsse



Im letzten Licht des Tages zur nächsten Aktion - Milchbauern und -bäuerinnen in Ostfriesland

Foto: Volling

man mit Konsequenzen rechnen. Auch Hinrichs kennt so etwas. Ganz aktuell sollte auch er schon dafür sorgen, dass eine Aktion vor einem großen regionalen Lebensmitteleinzelhändler hätte abgeblasen werden sollen, weil Molkevertreter es missbilligten, dass Marktpartner angegriffen wurden. Hinrichs sagt, er habe sich dann zurückgehalten, zum Glück gebe es immer noch andere, die Aktion fand trotzdem statt. Noch gibt es in Ostfriesland genug Milchbauern und -bäuerinnen die sich wehren wollen.

Preisfrage

Obwohl es bei der Aktion vor dem Händler erste Stimmen gegeben habe, so Peter Habbena, „die gesagt haben, dass wir verloren hätten. Aber wir sind weit davon entfernt, uns als Verlierer zu fühlen“, sagt der kämpferische Bauer aus Krummhörn. Er wird auch weiter protestieren. Trotzdem nun Druck gemacht werde von den so genannten Marktpartnern und obwohl schon länger so viele Kollegen regelrecht gebrochen seien. Die Söhne lernten Landmaschinenmechaniker, weil die Perspektive nicht mehr die Hofübernahme sei, so Habbena. Dabei wäre es aus seiner Sicht gar nicht so schwer: „Wenn jeder Bauer etwas weniger melken würde und das endlich finanziell honoriert würde ...“ Gleichzeitig kritisiert er die Art der Umsetzung mengenregulierender Maßnahmen durch Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) als „Ausstiegshilfe“. Betriebe, die die Aufgabe sowie so schon planten, könnten so noch mal 14 Cent mitnehmen, was ir-

gendwie auch in Ordnung, aber doch auch an dem Ziel vorbei sei, Höfe zu erhalten. Habbenas Befürchtung ist auch, dass sich hinterher die Verfechter des freien Marktes hinstellen werden und sagen: „Ihr wolltet doch regulierende Maßnahmen. Nun seht ihr, dass es nicht funktioniert.“ Und dann sind natürlich auch die Bauern und Bäuerinnen selber, die jetzt, wo die Preise sich nun doch leicht erholen, sofort wieder darauf anspringen und Menge steigern, für Habbena ein Ärgernis.

„Der Feind des guten Preises ist der gute Preis“, sinniert er. Es wäre eben doch Solidarität gefragt, zusätzlich zum Kampfgeist. Beides gibt es nicht mehr viel unter den Milchbauern und -bäuerinnen, und wenn, dann am ehesten in Ostfriesland. cs

Da lächelt Frau Antje

Wieder ist es FrieslandCampina. Wie schon zu Anfang des Jahres hat der niederländische Molkereikonzern kein Problem damit seinen Milchlieferanten eine freiwillige Mengenreduzierung zu vergüten. Ab dem 1.10. bis zum 31.3.2017 bekommen Bauern und Bäuerinnen 10 Cent für jeden nicht gelieferten Liter Milch auch noch zusätzlich zum nun ebenfalls möglichen europäischen Reduktionsprogramm mit 14 Cent pro Liter. Wo andere Molkereien das Instrument, ob der vermeintlich katastrophalen Symbolik vom ideologisch falschen Eingriff in den freien Markt, scheuen wie der Teufel das Weihwasser, machen die Niederländer pragmatische Firmenpolitik, geschickt kombiniert mit einer positiven Imagekampagne. Offizielle Begründung für den Drossel-Bonus sind die angekündigten politischen Maßnahmen in Holland im Hinblick auf eine Reduzierung der Phosphateinträge, also vorausseilender Gehorsam in Sachen Umweltschutz. Aber auch die Verbesserung der Wertschöpfung für die Milch durch die geringere Milchmenge und damit einhergehend eine Verbesserung der Marktposition von FrieslandCampina wird als Begründung angeführt. Natürlich hätte das schon früher stattfinden können, nein müssen, natürlich ist es ungerecht, dass da nun womöglich auch landwirtschaftliche Betriebe Geld abgreifen, die durch ihre Mengensteigerungen nach Quotenende erst maßgeblich zur heutigen Milchmarktkrise beigetragen haben. Grundsätzlich aber ist es doch zu begrüßen, dass endlich eine Molkerei Verantwortung übernimmt und mit einer offensichtlich für sie einfach durchzuführenden Maßnahme eine Fehlentwicklung auf dem Markt einbremst und ihren bäuerlichen Marktpartnern wie auch sich selbst wirtschaftlich hilft. Dass, als hätte Marketingmamsell Frau Antje es sich persönlich ausgedacht, FrieslandCampina dazu, ob der sozial wie auch umweltbewußt verantwortungsvoll wirkenden Effekte, auch noch positive Presse einfährt, darf als Kollateralschaden verbucht werden. cs

Talfahrt gestoppt, der Preis erholt sich

Erst wenn angemessene Preise gezahlt werden, kann man vom Ende der Milchkrise sprechen

Es wird schon wieder von Entwarnung, einer Besserung der Lage, einer Erholung der Milchpreise gesprochen. „Zu früh“, werden die meisten Milchbäuerinnen und -bauern denken. Noch ist nicht absehbar, ob die vorsichtigen Preisanstiege sich auch auf lange Sicht verfestigen werden. Vor allem reichen sie aber noch lange nicht, damit bei den Milchbauern wieder schwarze Zahlen geschrieben werden können. Die Agrarmarkt-Informationsgesellschaft AMI errechnet einen bundesdeutschen Durchschnittsmilchpreis von 23,2 Ct/kg (4 % Fett, 3,45 % Eiweiß) und damit einen Anstieg gegenüber dem Vormonat von 0,4 Ct/kg.

Also noch lange keine Entspannung auf den Betrieben. Besonders angespannt ist die Lage nach wie vor in Norddeutschland bei den Lieferanten des Deutschen Milchkontors (DMK). Die Molkerei wurde aufgrund ihrer Größe und Struktur immer wieder als Leuchtturmprojekt bezeichnet. Hier lag die Auszahlungspreise in den ver-

gangenen Monaten bei 20 Ct/kg. Immer wieder von engagierten, kämpferischen Milchbäuerinnen und Milchbauern durchgeführte Aktionen, Demonstrationen und Werksblockaden hatten das DMK zuletzt dazu bewegt, eine Anhebung der Auszahlungspreise um 2,2 Ct/kg für den Monat September zu verkünden, Tendenz steigend. Inwieweit diese Preissteigerung eine Reaktion auf die, von Lieferanten immer wieder erwähnten, stark rückläufigen Liefermengen aufgrund von Kündigungen und Betriebsaufgaben ist, bleibt offen. Unter den Lieferanten kursieren Informationen, dass die Milchmenge des DMK aktuell nicht ausreiche, die eigenen Kapazitäten – insbesondere die des neu gebauten Pulverturms – auszulasten sowie seine Lieferkontrakte zu erfüllen. Sollten sich diese Gerüchte bewahrheiten, wäre das in der aktuellen Situation denkbar ungünstig. Denn während der Milchpreis auf dem Spotmarkt lange Zeit unter 20 Cent lag, zieht er derzeit wieder deutlich an.

In den Niederlanden liegt er aktuell bei 37,5 Cent.

Internationale Situation

Von einer mehr als 14-monatigen weltweiten Krise auf dem Milchmarkt spricht der Geschäftsführer des IFCN Researcher Networks Dr. Torsten Hemme. Auf ihrer jährlichen Milkkonferenz hatten ca. 70 Milchmarktexperten aus über 40 Ländern die Entwicklungen am Milchmarkt diskutiert. Nach der Einschätzung der Wissenschaftler wird das Angebot weiter steigen, allerdings nicht mehr so stark wie in den Vorjahren (2016 um 1,5 %, 2015 um 1,8 % und 2014 um 3,2 %). Gleichzeitig wird, so die Tagungsteilnehmer, die Nachfrage nach Milch 2016 um 2 % zunehmen und damit leicht über dem Wachstum des Vorjahres mit 1,8 bis 2 % liegen. Prinzipiell sprechen diese Zahlen – 1,5 % Produktionssteigerung und eine um 2 % erhöhte Nachfrage – für einen ausgeglichenen, nachfragebetonten Markt. Dies sollte prinzipiell für eine Erholung der Milchpreise sprechen. Allerdings lagern derzeit noch große Mengen Interventionsware in Form von Butter und Magermilchpulver in den Kühllhäusern und Lagerhallen. Mit entscheidend für eine Preiserholung im Milchsektor ist also, wie schnell und zu welchem Preis diese Mengen an den Markt gebracht werden.

Proteste für bessere Preise

Auch wenn die Wissenschaftler und Analysten Preissteigerungen ausmachen, sind diese noch lange nicht bei den Bauern angekommen. Vor verschiedenen Molkereien in Europa demonstrierten deshalb Milchbäuerinnen und Milchbauern für einen besseren Auszahlungspreis. In England haben Anfang August ca. 80 Milchbauern von Farmers For Action (FFA) die Molkerei Müller in Shropshire blockiert, nachdem Müller angekündigt hatte, den Basispreis für September bei rund 18 Pence/Liter (ca. 21 Cent) zu belassen. Auch in Frankreich demonstrierten die Milchbauern bei einem der größten Molkereiunternehmen, Lactalis, gleich an 15 verschiedenen Standorten. In drei Gesprächsrunden hatten sich die Vertreter des Bauernverbands mit den Unternehmenssprechern darauf geeinigt, den Milchpreis, der aktuell bei 28 Cent liegt, bis zum Jahresende durch eine monatliche Anhebung um 0,5 Cent bis

zum Jahresende auf 30 Cent anzuheben. In Frankreich ist Lactalis mit seinem Milchpreis das Unternehmen mit dem geringsten Auszahlungspreis. Für deutsche Bauern könnte dies vor dem Hintergrund von Auszahlungspreisen, die sich beim Deutschen Milchkontor derzeit bei ca. 20 Cent bewegen und auch bei anderen Molkereien in der Regel unter 25 Cent bleiben, ein Hoffnungsschimmer sein. Gemeinsam mit Molkereien und dem Handel entstanden in Frankreich verschiedene Initiativen zur Stützung des Milchpreises, wie beispielsweise ein freiwilliger Fonds, in den der Lebensmittelhandel einzahlte, um Milchbauern zu unterstützen.

Regional und national

Eine andere Initiative zur Stützung des französischen Milchpreises ist jetzt vom europäischen Milchindustrieverband (EDA) kritisiert worden. Ab 2017 plant Frankreich eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Milch und Fleisch in verarbeiteten Produkten. Diese wurde von der EU-Kommission im Juli 2016 zunächst für zwei Jahre bewilligt. Der EDA befürchtet Einschränkung in der Wahlfreiheit. Während der Europäische Gerichtshof (EuGH) 1979 die Gleichwertigkeit europäischer Lebensmittel festgestellt habe, erkenne die Kommission nun durch Abnicken des französischen Entwurfs de facto einen Qualitätsunterschied von Milch und Fleisch aus Frankreich gegenüber den entsprechenden Produkten aus anderen EU-Mitgliedstaaten an, monierte der EDA. Eine Herkunftsbezeichnung „Milch aus Frankreich“ könnte für französische Kunden ein zusätzliches Kaufargument sein.

Auch wenn es mit dem Milchpreis inzwischen nicht mehr bergab geht, ist die Situation auf den Betrieben nach wie vor dramatisch. Leichte Preisanstiege reichen nicht aus, um die Kosten zu decken, und schon gar nicht, um aufgelaufene Schulden abzutragen. Es wäre die Aufgabe der Politiker, die vorhandenen Steuerungsinstrumente zu nutzen, um eine langfristige und flächendeckende Sicherung bäuerlicher Milchproduktion zu gewährleisten. Die Marktteilhaber, Molkereien und Handel – das zeigen die vergangenen Monate – sind nicht bereit, angemessene Preise zu zahlen und nur unter massivem Druck dazu zu bewegen, den Auszahlungspreis anzuheben. mm



Auch wenn die Auszahlungspreise in manchen Nachbarländern höher sind, reichen sie auch dort nicht um die Kosten zu decken
Foto: Nürnberger

Nachbaugebühren am Kap der guten Hoffnung?

Afrikanische Staaten werden zu verschärften Sortenschutzbestimmungen gedrängt

Zur Umsetzung des 2015 unterzeichneten Arusha-Protokolls über Sortenschutz – benannt nach seinem Unterzeichnungsort, der tansanischen Stadt Arusha – trafen sich nun in diesem Juni in Harare, Simbabwe, erneut die Staatsvertreter der afrikanischen Organisation für geistiges Eigentumsrecht ARIPO, die mit dem neuen Protokoll nun auch für den Sortenschutz zuständig ist. Es wurden Entwürfe der Umsetzungsverordnung verhandelt, die für die Bauern in den betroffenen Mitgliedsstaaten einschneidende Konsequenzen haben könnten. Es geht um die erstmalige Einführung von Sortenschutz nach dem UPOV-91-Muster. Lediglich Südafrika, Kenia und Tansania sind bereits Mitglieder des Internationalen Verbandes zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV). Das Arusha-Protokoll kam in die internationale Kritik, weil 13 der 19 ARIPO-Mitgliedsstaaten zu den ärmsten Entwicklungsländern zählen, die als WTO-Mitglieder mindestens bis 2026 gar keine geistigen Eigentumsrechte etablieren müssen, und weil bäuerliche Rechte im Arusha-Protokoll über Sortenschutz völlig missachtet werden. Das Abkommen wurde weitgehend geheim und ohne das Beisein von Vertretern aus der Zivilgesellschaft abgeschlossen. Auch das wurde von der Afrikanischen Vereinigung für Ernährungssouveränität (AFSA) stark kritisiert.

Lobbyarbeit

Immerhin wurden bei der Verhandlung des Protokolls Vorschläge für die Einrichtung von nationalen Spielräumen eingefügt. Damit könnten die Mitgliedsstaaten erstens die Erteilung einzelner Sortenschutzrechte, die das ARIPO-Sekretariat in Simbabwe vornehmen wird, ablehnen. Zweitens können sie Rechteinhaber, üblicherweise ausländische Konzerne, dazu zwingen, gegen eine angemessene Gebühr auch ohne Autorisierung Lizenzen zu vergeben, wenn es im öffentlichen Interesse ist. Solche Bestimmungen gibt es in den USA, in Indien, in Sambia und anderen Ländern. Sie sollen beispielsweise bei wettbewerbswidrigen Praktiken oder wenn Sorten mangels wirtschaftlichen Interesses nicht angeboten werden oder auch bei zu hohen Saatgutpreisen eingesetzt werden. Der Entwurf für die Umsetzungsverordnung des Arusha-Protokolls für Sortenschutz will nun allerdings die beiden Neuerungen wieder aushebeln. Den Saatgutkonzernen haben offensichtlich die Zugeständ-

nisse an die Bauern und Bäuerinnen nicht gefallen. Sie machen ihren Einfluss über verschiedene für Sortenschutz zuständige Behörden und Zusammenschlüsse aus Industrieländern geltend.

Europäische Regeln

Der Entwurf zur Umsetzung des Arusha-Protokolls ist fast wortwörtlich von der entsprechenden EU-Richtlinie 1768/95 „über die Ausnahmeregelung gemäß Artikel 14 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz“ übernommen worden. Die AFSA hält diese Richtlinie für ungeeignet für Entwicklungsländer wie diese, in denen die Landwirtschaft überwiegend von Kleinbäuerinnen und -bauern auf der Basis von Saatgut aus eigener Ernte und Tausch in Verbindung mit lokalen Märkten betrieben wird. Sortenschutz ist den meisten dieser Länder völlig fremd. Draconische Regeln sind gegen die Verwendung von Nachbau-Saatgut auf eigenem Land geplant; hier werden Gebühren fällig. Selbst in der EU sind Kleinbauern bei bestimmten Anbaufrüchten davon ausgenommen. In der Umsetzung des Arusha-Protokolls ist eine solche Ausnahme jedoch nicht vorgesehen. Hinzu kommt,

dass die Beweislast auf die Bauern abgewälzt wird.

Nachbesserungen nötig

Die AFSA lehnt das Arusha-Protokoll ab, weil es letztlich nicht nur die Importe von Konzern-Saatgut fördern und zu weniger öffentlicher Züchtung führen, sondern auch die traditionelle Saatgutversorgung unter Druck setzen würde. Genau das bestreiten die UPOV-Befürworter. Sie argumentieren, dass UPOV nur moderne Sorten betrafte und Kleinbauern mit ihren traditionellen Sorten davon nicht berührt würden. Der Entwurf zur Umsetzung des Arusha-Protokolls soll bis Ende des Jahres verabschiedet werden. Die Zivilgesellschaft hofft, dass er noch in wesentlichen Teilen nachgebessert wird.

Susanne Gura, hauptberuflich Koordinatorin von APBEBES, einem internationalen Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Saatgutbereich; www.apbrees.org. Ehrenamtlich Vorsitzende des Vereins zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt

Mehr zum Thema unter: <http://afsafira.org/aripo-sells-out-african-farmers-seals-secret-deal-on-plant-variety-protection/>



Schlicht: „Malheur“ hat Wolfgang Eisenberg, Bauer im Wendland, sein Erntefoto des Jahres genannt und damit den ersten Preis in unserem Fotowettbewerb gewonnen! Glückwünsche und eine Tonne Gerste, die gerne auch in ein gut vorbereitetes Saatbett fallen darf, sind der Lohn. Gestiftet ist die Gerste von Klaus Buschmeier, streitbarem Kämpfer für die Rechte der Bauern und Bäuerinnen in der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN), der damit einmal mehr darauf aufmerksam machen will, dass die Ernte den Bauern und Bäuerinnen gehört - und nicht den Monsanto dieser Welt. cs



GMO No!

Monsanto will die Weiterentwicklung des mittels Gentechnik gegen den Baumwollkapselwurm gewappnete Baumwolle „Bollgard II“ vorerst nicht auf den Markt bringen. Zwar war das Saatgut der ersten Variante ein Verkaufsschlager, von Beginn an war es aber auch von Protesten der Bauern und Bäuerinnen über die hohen Lizenzgebühren begleitet. Schließlich hat sich sogar auch die indische Regierung gegen die hohen Lizenzgebühren ausgesprochen und will Monsanto dazu zwingen, seine Lizenzforderungen um 70 Prozent zu verringern. Darauf folgt nun der vorläufige Rückzug Montantos. Auch in anderen Ländern stößt Monsanto mit seiner Monopolstellung und seinen teuren Technologieprodukten auf Kritik. In Burkina Faso verbot die Regierung das teure High-Tech-Saatgut, es gibt eine Rückkehr zu nicht gentechnisch veränderter Baumwolle. cs

Nicht gerade gläsern

Die Gläserne Molkerei, eine der größeren Biomolkereien in Deutschland, sorgt für Unmut bei den Lieferanten

Mehr Bio im Supermarkt

Laut der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH (AMI) wuchs der Umsatz mit Biolebensmitteln und -getränken im vergangenen Jahr 2015 erstmalig seit 2008 wieder zweistellig. Elf Prozent mehr ökologisch erzeugte Nahrungsmittel gegenüber 2014 kauften die privaten Haushalte in Deutschland. Zuwächse gab es überall, besonders profitierte aber der konventionelle Lebensmittel Einzelhandel (LEH) wie zum Beispiel Edeka oder Rewe. Die AMI schreibt: „Mit einfachen Worten lässt sich der Strukturwandel im Naturkosthandel wie folgt beschreiben: Kleine Läden schließen und große Läden (meist Filialisten) werden eröffnet. Das Bild einer ehemals alternativen, vielfältigen Szene verändert sich hin zu einer hoch professionellen Bio-einzelhandelsszene, die sich in ihrer Struktur nur noch wenig vom klassischen Lebensmitteleinzelhandel unterscheidet.“ cs

Qualitätsproduktion ist gefragt, so könnte man die neuesten positiven Absatzzahlen für Biomilch deuten. Im ganzen ersten Halbjahr 2016 wurde 7 % mehr Biomilch, verglichen mit dem Vorjahreszeitraum, verkauft. Ausgerechnet in den Sommermonaten stieg der Verkauf, besonders von Milch und Joghurt, um bis zu 20 % gegenüber 2015, noch mehr sogar stieg aber der Umsatz. Laut bio-markt.info spricht das wiederum dafür, dass die Kunden eher zu höherpreisiger Biomilch gegriffen haben, schließlich hatten die Discounter im Frühjahr ja sogar ihre Ladenpreise gesenkt. Trotzdem der Biomilchpreis seit rund zehn Jahren immer stärker vom konventionellen Preis entkoppelt werden konnte, ließ sich die desaströse Lage am konventionellen Milchmarkt aus Sicht der Discounter in der ersten Jahreshälfte nicht mehr gänzlich ausblenden. Auch die Gläserne Molkerei in Mecklenburg-Vorpommern, eine der originären Bioverarbeiter mit Zugang zu höherpreisigen Absatzmärkten, begründete damit ihre gefallen Auszahlungspreise, während die anderen Biomolkereien das Niveau weitestgehend konstant hielten.

Transparenz?

Die Gläserne Molkerei hatte noch nie den Ruf, in der Branche die höchsten Auszahlungspreise an ihre Bauern und Bäuerinnen auszuzahlen, geschweige denn im Handel beste Konditionen für Milchprodukte durchzusetzen. Aktuell allerdings gibt es anderen Unmut unter den Lieferanten. Die Molkerei möchte mit ihren Bauern und Bäuerinnen neue Milchlieferverträge abschließen. Eine Begründung dafür ist, statt der Vielzahl individueller Vereinbarungen, die bislang existieren, nun zu einheitlichen Bedingungen kommen zu wollen. In dem Begleitschreiben zum neuen Vertrag schreibt die Molkerei von einem „einheitlichen und transparenten Preismodell für alle Lieferanten“ sowie einer „Vereinfachung durch klare und verständliche Spielregeln für beide Seiten“. Das klingt gut, zumal die Gläserne Molkerei bislang durch mehr unterschiedliche Kriterien als andere Molkereien in der Preisgestaltung eine Vergleichbarkeit unter Milchbauern und -bäuerinnen eher erschwert hat. Guckt man dann in den neuen Vertrag, stellt man fest, dass es fast nur noch Aufschläge auf einen Grundpreis gibt – davon aber mehr als genug: dreimal gestaffelt für Zellzahlen, zweimal gestaffelt für Keimzahlen, viermal gestaffelt abhängig von der vereinbarten Jahresmenge, unterschiedliche Verbandszuschläge, einen Regionalzuschlag,

einen Zuschlag für eine gleichmäßige Monats- und Jahreslieferung, Zuschläge für Heu- oder NOP- (höherer US-Organic-Standard)-Milch.

Nicht akzeptabel

„Gläserner“, sagt einer der Lieferanten, „wird die Gläserne Molkerei damit nicht.“ Der Unmut unter den Lieferanten, von denen viel weniger als bei anderen Biomolkereien in Liefergemeinschaften organisiert sind, ist groß. Die Bedenken, sich öffentlich zu beschweren, allerdings auch. Schließlich spielt doch die Situation, in der momentan durch die erhöhte Umstellung von konventionellen Betrieben eigentlich keine Biomolkerei Betriebe aufnimmt, der Gläsernen Molkerei in die Hände. Wer nicht unterschreibt – als Stichtag ist der 1.10. genannt –, kann eben nicht so einfach gehen. In den vorhandenen Liefergemeinschaften kann man sich mit den Kollegen darauf verständigen, dass solche Bedingungen nicht akzeptabel sind. Schließlich habe man ja gültige Verträge, so ein Bauer, aber man fühle sich nicht gut behandelt. Das sei keine besonders vertrauensvolle Basis, wenn es heiße, der Vertrag sei nicht nachverhandelbar. Auch ein Lieferant allein auf dem platten Land sagt, es sei nicht schön, wie mit den Bauern umgegangen werde, auch in der letzten Zeit schon nicht, ihm sei mehr oder weniger von jetzt auf gleich der auch jetzt schon vorhandene Heumilchzuschlag gekündigt worden, er sei verunsichert. Viele betonen, die Kommunikation und die Zusammenarbeit seien schwieriger geworden, seit der

Schweizer Molkereikonzern Emmi die Gläserne Molkerei Anfang des Jahres übernommen habe, da gingen dann ja auch die Preise runter. Dabei war bislang in den Milchlieferverträgen eine Orientierung am Bioland-Durchschnittspreis festgeschrieben. In dem neuen Vertrag garantiert die Molkerei, „dass der Grundpreis zuzüglich aller erreichbaren Zuschläge im Mittel eines Kalenderjahres mindestens 95 % des von der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH (AMI) veröffentlichten Durchschnittspreises für ökologisch erzeugte Kuhmilch in Deutschland erreicht“. Damit rückt an die Stelle der Orientierung am Bioland-Durchschnitt eine an einem Wert noch unterhalb des Bio-Durchschnitts. Auch das wird von den Lieferanten nicht positiv kommentiert. „Das haben sie immer weniger hingekriegt mit dem Bioland-Durchschnittspreis, deshalb wollen sie davon weg“, sagt ein Bauer. Vor dem Hintergrund, dass nicht klar ist, wie sich die Mengentwicklung mittel- und längerfristig durch vermehrte Umstellung in Deutschland und eine etwas unübersichtliche Produktions- und Exportsituation in Österreich gestaltet, mag das aus Sicht der Molkerei erstrebenswert sein. Bauern und Bäuerinnen wollen Transparenz und damit Vergleichbarkeit beziehungsweise Vertragsverhandlungen auf Augenhöhe, wie sie im Zusammenhang mit dem konventionellen Milchmarkt derzeit immer wieder eingefordert werden. Dies gilt es nun gemeinschaftlich zu organisieren. cs



Alles in Biobutter?

Foto: Stephan/BLE

Umgang mit Kirchenland

Kirche diskutiert über Verantwortung auch für den eigenen Boden

Der Umgang der Kirche mit ihrem Land ist so vielfältig wie die Kirche selber. Einerseits gibt es Kirchengemeinden, die noch nicht einmal genau wissen, welches und wie viel Land ihnen überhaupt gehört, andererseits gibt es Landeskirchen, die den gesamten Kirchbesitz zentral straff verwalten und verwerten. Um diesen Zustand zu beleuchten und auch eine Diskussion darüber anzustoßen, veranstaltete die Evangelische Akademie Loccum vom 2. bis 4. September eine Tagung zum Thema „Kirchenland im Spannungsfeld sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Interessen“, wozu ich als Referent geladen war, um die bäuerliche Landwirtschaft zu vertreten.

Angenehm gemischt war das Publikum zusammengesetzt, vor allem aber waren viele von denen gekommen, die sich auf gehobener Ebene in den verschiedenen kirchlichen Verwaltungen mit der Verpachtung von Kirchenland beschäftigen. Viele von ihnen konnten sich anfangs nur schwer mit dem Gedanken anfreunden, dass der Umgang der Kirche mit dem ihr anvertrauten Land eine große Ausstrahlung nach außen hat und sie damit also eine große Verantwortung trägt; aber glücklicherweise waren genügend Menschen bei der Tagung dabei, die diesen Aspekt immer wieder unter verschiedenen

Gesichtspunkten hervorhoben und so schlussendlich überzeugen konnten.

Ausstrahlung

Also wurde ganz am Ende in einer recht kontroversen, immer aber konstruktiven, Diskussion der Loccumer Appell verabschiedet, der die verschiedenen kirchlichen Institutionen an ihre Verantwortung sowohl für den Boden selber als auch für ihre Ausstrahlung in die Gesellschaft hinein erinnert – immerhin ist „die Kirche“ der größte Bodeneigentümer hierzulande. Wie diese Verantwortung ganz konkret wahrgenommen werden kann und soll, spricht wie der Pächter gefunden werden kann, der die kirchlichen Ideen am besten umsetzen kann, darüber wurde aus Zeitgründen leider immer nur ganz am Rande diskutiert; dies soll auf einer weiteren Tagung fortgesetzt werden.

Inwieweit der Loccumer Appell tatsächlich Strahlkraft in die Kirche hinein entfaltet, kann ich als Laie nur schwer einschätzen. Immerhin stärkt er uns in unserer Auseinandersetzung mit der EKM, der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, sehr den Rücken. Die überarbeitet nämlich gerade ihre zentralen Pachtkriterien und will die neuen zu ihrer Herbstsynode im November vorstellen und beschließen. Wir bleiben dran.

Reiko Wöllert,
AbL Mitteldeutschland

Staatliches Tierwohllabel in Aussicht gestellt

Mitte September legte der vom Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt berufene Kompetenzkreis Tierwohl seinen Abschlussbericht vor. Das Beratungsgremium unter Vorsitz des ehemaligen niedersächsischen Landwirtschaftsministers Gert Lindemann sprach sich u.a. für eine nationale Nutztierstrategie aus, um Transparenz und Planungssicherheit für Landwirte zu gewährleisten und dem gesellschaftlichen Wunsch nach mehr Tierschutz im Stall Rechnung zu tragen. Befürwortet wird ein staatliches Label als transparenter Standard. In diesem Rahmen kündigte der bisher nicht für seine Tatkraft bekannte Schmidt an: „Derzeit arbeitet mein Haus an der Einführung eines staatlichen Tierwohllabels, das ich Anfang 2017 vorstellen werde.“ Für tierhaltende Betriebe stellen sich die zukünftigen Anforderungen zum Tierwohl bisher unübersichtlich dar, weil sich in Deutschland unterschiedlichste Ansätze entwickeln. Fast zeitgleich bekam die Brancheninitiative Tierwohl, die von Bauernverband, Verarbeitern und Handelsunternehmen gegründet wurde und betont breit und niederschwellig angelegt ist, einen Glaubwürdigkeitsdämpfer, weil der Deutsche Tierschutzbund seine Beteiligung im Beraterausschuss aufkündigte. Die Kritik: zu wenig Entwicklungsbereitschaft sowie mangelnde Verbindlichkeit und Transparenz bei der Programmgestaltung für Schweine ab 2018. cw

Konsequente Bio-Legehennenaufzucht

Per Erlass stärkt Niedersachsen zusammen mit Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern den fairen Wettbewerb in der ökologischen Legehennenhaltung. Ab April 2017 gilt für Öko-Kontrollstellen und -Legehennenhalter die Vorgabe, dass die Junghennen aus ökologischer Aufzucht und von ökologisch gehaltenen Elterntieren stammen müssen. Der niedersächsische Bestand an Öko-Legehennen besteht mittlerweile aus mehr als zwei Millionen Tieren. In der bisherigen Praxis werden per Ausnahmeklausel in vielen Fällen Junghennen eingesetzt, die von Elterntieren aus konventioneller Haltung abstammen. Dies führt derzeit zu Wettbewerbsverzerrungen mit konsequenteren Legehennenbetrieben und anderen EU-Staaten. Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium weist auf mittlerweile aufgebaute ausreichende Bio-Elterntierbestände hin – eine Ausnahmegenehmigung habe keine Berechtigung mehr. cw



Die Kirche in die Verantwortung nehmen - hier in Erfurt zur Synode der ev. Landeskirche
Foto: AbL Mitteldeutschland

Loccumer Appell zum Kirchenland

1. Kirchen sollten sich der Bedeutung und des Wertes ihres Bodens bewusst sein.
2. Kirchen und Kirchengemeinden müssen sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sein und Verantwortung für ihr Land übernehmen.
3. Kirchengemeinden sollten bei der Verpachtung ökonomische, ökologische und soziale Aspekte berücksichtigen (Nachhaltigkeit).
4. Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen sind aufgefordert, sich für die Bewahrung der Schöpfung aktiv einzusetzen, z. B. für Biodiversität, Luft, Wasser, Boden.
5. Die Leitlinien für Verpachtungen liefern die Landeskirchen, die konkrete Ausgestaltung der Vergabekriterien sollte auf regionaler und lokaler Ebene erfolgen.
6. Kirchengemeinden sollten die Vergabe des Kirchenlandes transparent gestalten.
7. Kirchengemeinden sind aufgefordert, als Verpächter diese Ziele in einem wertschätzenden Dialog mit Pächtern von Kirchenland umzusetzen.
8. Kirchengemeinden sollten offen sein für einen Dialog mit unterschiedlichen Interessengruppen.
9. Die Kirchengemeinden sollten dabei ihre Unabhängigkeit gegenüber Dritten wahren.
10. Menschen in den Kirchengemeinden sollten befähigt werden, ihre Verantwortung wahrnehmen zu können.

Eine Reise durch's neue Sojaland

In Bayern hat sich in Sachen Eiweißfuttermittel einiges entwickelt

Siegel Gentechnikfreie Futtermittel

Der Verband Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG) vergibt ab sofort das Siegel „VLOG geprüft“ für Futtermittel, die nach EU-Recht nicht als gentechnisch verändert gelten und nach dem strengen VLOG-Zertifizierungsstandard von unabhängigen Instituten kontrolliert wurden. Futtermittelunternehmen haben die Möglichkeit, ihre „VLOG geprüft“-Ware in einer benutzerfreundlichen Datenbank, dem Non-GMO Finder, zu listen. Auch in der Futtermittelliste der AbL-Seite „gentechnikfreie Futtermittel“ finden sich bundesweit Anbieter gentechnikfreier Futtermittel für alle Tierarten. Niemand kann mehr sagen: „gentechnikfrei geht nicht.“ pm

Verschiedene Akteure, unter anderem der Verband der Ölsaaten verarbeitenden Industrie (OVID) und die Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP), hatten zur Informationsfahrt nach Bayern geladen. Erste Station war der Bauer(n)-Hof in Kumhausen in der Nähe von Landshut. Der Betrieb von Reinhard und Johannes Bauer umfasst 80 Zuchtsauen- und 2.000 Schweinemastplätze, dazu 170 ha Ackerbau, vorwiegend auf gepachteten Flächen. Die Umgebung ist geprägt durch eine Intensivierung sowohl im Pflanzenbau – Stichwort „Vermaisung der Landschaft“ – als auch in der Tierhaltung. In der Region herrschen hohe Pachtpreise vor, aber auch sehr gute Verdienstmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft. Diese kaufkräftigen Verbraucher und besonders die kritischen Gruppierungen oder auch einzelne Verbraucher, die nicht mehr jeden Entwicklungsschritt der Agrarbranche (z. B. Bau von neuen Ställen mit entsprechenden Emissionen) klaglos hinnehmen, erzeugen Handlungsbedarf. Vor sechs Jahren wurde auch in der Gegend um Landshut mit dem Sojaanbau begonnen. Besonders die Landesfördermittel aus dem Kulturlandschaftsprogramm motivierten Vater und Sohn Bauer, auf die fünfteilige Fruchtfolge umzusteigen. Die Erfahrungen mit Erbsen, den wesentlich häufiger angebauten Leguminosen, waren bis dato unbefriedigend. Das Ertragspotential der landauf und -ab ge-

hypten nicht heimischen Eiweißfrucht Soja im Süden Deutschlands liegt im Rückblick zwischen 20 und 38 dt/ha. „Mit dem eigenen Anbau werden wir sicher nicht das gesamte Soja im Betrieb ersetzen“, so Reinhard Bauer, aber im Sinne eines sinnvollen Kreislaufgedankens, unterstützt sowohl durch die EU-Förderung (Greening) als auch durch die bayernspezifische Sojaförderung sei der Anbau von ca. 25 % des Proteinverbrauchs möglich. Die gesamte Ernte wird eingelagert, bei dem überregional bekannten, langjährigen Anbauer und Dienstleister Stadlhuber Agrarservice GmbH & Co.KG in Aschau am Inn getoastet und dann als Sojavollfettbohne in den Betrieb zurückgeholt und dort verfüttert.

Mehr Schweine?

Stadlhuber ist in der Sojaszene ein Begriff, gegründet von einem experimentierfreudigen Ackerbauern, der 1985 zum ersten Mal Soja aus Kanada anbaute und mittlerweile Dienstleistungen in den folgenden Bereichen erbringt: Saatgutbereitstellung, PSM-Maßnahmen, kostenfreie Anbaubereitung für Kunden, Annahme der Ernte und Toastung für die anliegenden konventionellen Sojaanbauer. Seit diesem Jahr geht das Unternehmen Stadlhuber eine intensive Kooperation mit der örtlichen Raiffeisen-Warengenossenschaft Erdinger Land GmbH ein. Für die Anbauer ändert sich am Preis für Reinigung und Toastung nichts; neu ist, dass die Vermarktung gegebenenfalls an den Handel abgegeben wird: eine Win-win-Situation, da die Anbauer damit noch mehr Mühlen, Verarbeiter und landwirtschaftliche Betriebe erreichen können. Eng ist die Verbindung auch zu dem Verein Donau Soja. Der neue Geschäftsleiter Markt bei der GmbH Donau Soja, Dirk Vollertsen, der Biobranche aus 20 Jahren Bioland bestens bekannt, stellte die Entwicklung des Vereins bzw. der GmbH vor. Diese agiert in 16 Partnerländern in Europa entlang der Wertschöpfungskette Soja mit einer Vielzahl von Akteuren nach dem Motto: „Der Acker denkt, das Regal lenkt.“ Aktuell geht es um die so genannte Viermonatsregelung bei der Schweinefütterung in Deutschland: Danach dürfen Schweine, die als GVO-frei gefüttert vermarktet werden, mindestens vier Monate lang keine Gentechnik im Trog haben. So alt werden die meisten Schweine kaum; das bedeutet, dass auch Ferkel schon GVO-freie Futtermittel bekommen müssten. Die Bereitschaft dazu, schon hier entsprechende Mischungen einzusetzen, ist bei konventionellen Betrieben nicht sehr groß, da dies durchaus eine grö-

ßere Herausforderung im Hinblick auf Gesundheit und Zunahmen darstellt. Auch deshalb werden in Deutschland bislang, anders als im Geflügel- und Milchbereich, kaum gentechnikfrei gefütterte Schweineprodukte produziert und vermarktet. Also was tun? Die Regelung ändern oder Ferkelerzeuger unterstützen und überzeugen?

Viele Hühner

Weitere Station der Eiweißreise war der „Thanninger Freiheit“-Geflügelhof Aigner. Familie Aigner hält laut eigenen Aussagen auf vier Standorten 250.000 Legehennen in Freiland- und Bodenhaltung sowie auch auf einem Standort 9.000 Bio-Hennen. Angefangen hat alles aber mit McDonalds, die einen Lieferanten für ihr Frühstücksei suchten ... „Eigentlich ist das alles zu groß, aber ich bin ein von Grund auf optimistischer Mensch. Nur billig hat sich überlebt. Ich habe den Vorteil, ich habe ein fertiges Produkt, ich mache das besser und biete das, wofür die (Marktpartner) mehr verlangen können“, so Gerhard Aigner selbst. Vorgegeben von McDonalds war eine gentechnikfreie Fütterung, die er über den Sojaanbau auf 650 ha in Rumänien realisiert. In Rumänien wird das konventionelle Soja nicht nur selbst erzeugt, sondern auch verarbeitet (getoastet) und per LKW zu den Ställen gebracht, eine enorme logistische Aufgabe. Auch bei der Vermarktung prasselt es Superlativen: eine Sortiermaschine für 750.000 Euro, vier eigene LKWs, die den Transport zu den Edeka-Märkten hier im Süden übernehmen. Aigner gibt sich als Selfmademann, der bereit ist, sich an die Anforderungen von Markt und Politik anzupassen. Beispielsweise begrüßt er Bundesumweltministerin Barbara Hendricks Initiative zur Änderung des Baurechts, obwohl ihn beispielsweise die Filterpflicht betreffen würde. Auch das Schnäbelkupieren hat er schon eingestellt, augenscheinlich problemlos. Auch obwohl seine 70.000 Hennen den vorgeschriebenen Grünauslauf von 28 ha (4 m²/Henne) um den Stall herum kaum vollständig nutzen. Am Ende der spannenden Fahrt durch die bayerische Provinz ist klar: Soja ist auch in Europa eine Pflanze, die nicht ohne Kontroversen funktioniert, und heimische Eiweißfuttermittel stärken nicht per se bäuerliche Landwirtschaft.

Anika Berner,
Mitarbeiterin bei der AbL Niedersachsen,
Bremen e. V. im EFN-Projekt (Eiweißfut-
ter aus Niedersachsen)



Journalistische Aufarbeitung der Auslaufnutzung von Freilandhennen in Bayern

Foto: Berner

Industriell oder grün?

Briten streiten um die Agrarzukunft nach dem Brexit

Eine Gewissheit haben die britischen Bauern: Der Austritt aus der EU bedeutet das Ende des Geldstroms aus Brüssel. Noch erhalten sie pro Jahr etwa 3 Milliarden £ (3,5 Milliarden Euro), im Durchschnitt machen Subventionen derzeit 53 % des Farmeinkommens aus. Ein Austritt eröffne viele Chancen und endlich werde die britische Regierung über Subventionen für britische Bauern entscheiden, erklärte der konservative Landwirtschaftsminister und Brexit-Befürworter George Eustice vor dem Referendum. Schatzkanzler Philip Hammond hat inzwischen zumindest zugesagt, dass die Regierung die bisherigen Zahlungen bis 2020 garantiert. Die große Frage ist, wie die britische Agrarpolitik danach aussehen wird. Erste Zweifel, ob die ebenfalls konservative neue Chefin des Ministerium für Umwelt, Ernährung und den ländlichen Raum (DEFRA), Andrea Leadsom, die Tragweite der Problematik ganz verstanden hat, kamen auf, als Leadsom sofort nach ihrem Amtsantritt erklärte, das Fuchsjagdverbot müsse neu überdacht werden. Auf die Frage, wie ihrer Meinung nach die britische Agrarpolitik nach dem Brexit aussehen solle, meinte sie: „Es ergibt viel mehr Sinn, wenn sich die mit den großen Feldern um die Schafe kümmern und die mit den Farmen in den bergigen Regionen um die Schmetterlinge.“ 2007 hatte sich Leadsom gegen jegliche Agrarsubventionen ausgesprochen. Es wäre „vernichtend“ für die britische Landwirtschaft, wenn die Zahlungen in Großbritannien gestoppt würden, während die EU weiter subventioniert, sagte Meuring Raymond, der Präsident des britischen Bauernverbandes NFU. Landwirtschaftsminister George Eustice schließt britische Agrarsubventionen nach dem Brexit nicht aus, aber Umweltschutzmaßnahmen sollen nicht mehr wie bisher gefördert werden. Die Auflagen der Vogelschutz- und Habitatrichtlinien seien „seelenzerstörend“ und müssten auf jeden Fall verschwinden. Umweltschützer und Biolandiden befürchten Schlimmes.

Neuorientierung?

Der größte Landbewirtschaftler in Großbritannien ist der „National Trust“, eine von vier Millionen Mitgliedern getragene Organisation, die sich um Landschaftsschutz und den Erhalt historischer Gebäude kümmert. 2.000 Landwirte bewirtschaften rund 250.000 ha National-Trust-Land. In einem Anfang August veröffentlichten Positionspapier fordert der National Trust eine grundsätzliche Neuorientierung bei Agrarsubventionen. Das gegen-

wärtige System funktioniere nicht, bevorzuge die Besitzer großer Flächen und industrielle Landwirtschaft und gehe zu Lasten des Umweltschutzes. Gefördert werden sollten in Zukunft vor allem kleinere Betriebe z. B. für Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenqualität und zum Schutz der Gewässer.

Im Landwirtschaftsministerium setzt man die Schwerpunkte genau andersherum: George Eustice ist ein begeisterter Befürworter der Gentechnik und hat die strikten Zulassungskriterien der EU immer wieder kritisiert. Er sieht große Chancen für Agrarexporte, sobald britische Landwirte nicht mehr an EU-Regeln gebunden sind. Er ist aber auch davon überzeugt, dass Großbritannien weiter Zugang zu den europäischen Märkten haben sollte. Derzeit exportieren die Briten 73 % ihrer Agrarprodukte in EU-Länder. Seit dem Referendum im Juni hat man in Brüssel den britischen Politikern klar gemacht, dass der Zugang zum EU-Markt nur zu haben ist, wenn Großbritannien das Recht auf Freizügigkeit nicht einschränkt. Darauf setzen auch die britischen Obst- und Gemüseanbauer, die fast ausschließlich auf Arbeitskräfte aus anderen EU-Staaten angewiesen sind, andernfalls, so ein Industrievertreter, müssten die Landwirte überlegen, ob sie einen Teil ihrer Produktion in die EU-Länder auslagern könnten. Die Angst vor dem Verlust der billigen und willigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte aus Osteuropa ist berechtigt. Derzeit scheint der Regierung von Theresa May die uneingeschränkte Zugangskontrolle von EU-Bürgern wichtiger zu sein als der Zugang zum EU-Markt.

Marianne Landzettel,
freie Journalistin in England

Das Gen-Mais-Lied

Keinen Gen-Mais will ich haben
nicht für mich, nicht für mein Vieh,
nicht für Kuh und Schwein und Henne
bei mir kriegen die den nie!
Ist er erst mal auf dem Acker
breitet er sich mächtig aus,
schadet Igel und Insekten
ist dem Imker voll der Graus.

Keinen Gen-Mais will ich haben
nicht bei mir, nicht anderswo,
auch die andern Gen-Gemüse
machen mich kein bisschen froh.
Ich will keine Gen-Tomate
auch nicht Soja oder Raps,
denk' ich bloß an Gen-Kartoffeln
krieg' ich sofort 'nen Kollaps.

Keinen Gen-Mais will ich haben
denn das Zeug ist nichts als Dreck,
macht die Babys schon allergisch
lasst da bloß die Finger weg!
Hilft nur wieder den Konzernen
und die machen richtig Geld.
Und derweil sie kräftig scheffeln
schaden sie der ganzen Welt.

Keinen Gen-Mais will ich haben
nicht bei Tag und nicht bei Nacht,
aus dem Zeug, das wir so essen
werden schließlich wir gemacht!
Und wer weiß, was falsche Gene
tun – wir alle wissen's nicht.
Nachher sitzt die Gen-Tomate
knallrot mitten im Gesicht!

Aktionsbündnis Gentechnikfreie Stadt Münster,
Gruppe Nonsantos

Nach der Melodie des Lummerlandliedes: „Eine Insel mit zwei Bergen“; Video dazu auf youtube

Foto: Greenpeace



Britische Landwirtschaft am Rand des Landes und in Erwartung des Brexit

Foto: Müller/pixelio

Bäuerliche Genüsse

Junges Gemüse trifft alten Hasen auf dem Hof Herbst

Es ist ein sehr schöner Tag, als ich nach einer langen Fahrt bei Ehepaar Herbst auf dem Hof in der Nähe von Göttingen ankomme. Mitten in der Erntezeit. Zwei der Enkelkinder sind für einige Wochen zu Besuch. Der Ältere darf bei Opa mitmachen, Trecker fahren. Die Jüngere wird von Oma und Großtante liebevoll umsorgt. Es ist also viel los. Und während wir am Tisch im Garten bei Saft, Kaffee und Kuchen sitzen, wird klar, dass heute auch noch ein Acker gedroschen werden soll.

Es war Bauer Siegfried, der vorschlug, sich heute, 16 Jahre nach dem Erscheinen, über einen Bericht zu unterhalten, den er für den Kritischen Agrarbericht 2000 geschrieben hatte: Er ist 1964 mit 16 Jahren aus „bäuerlichen Genüssen“ Bauer geworden. Damit meint er die Muße, die man für die Arbeit auf dem Feld brauchte. Den Boden sollte man als Bauer als Leben erfahren. Ein Arbeitstag begann morgens um 6:00 Uhr und endete um 18:30 Uhr. Danach war noch Zeit für ein bisschen Zwischenmenschliches mit Freunden und Familien. Es war befriedigend, wenn man sein vollbrachtes Tagewerk am Ende des Tages bestaunen konnte. In Dankbarkeit schaute man auf das, was man zum Großteil mit seinen eigenen Händen geschaffen und was man geerntet hatte. Die Mahlzeiten nahm man

gemeinsam ein und man erfreute sich an der Gesellschaft der anderen. Das Ziel vor der Technisierung der Landwirtschaft war die Selbstversorgung. So übernahm Siegfried Herbst 1972 von seinen Eltern 15 ha, zehn Milchkühe und 20 Zuchtsauen. Damit sollte ein generationenverantwortliches und lebenswertes Leben gesichert werden. Und obwohl sich der Hof mit der Zeit vergrößerte und somit auch die Vermarktung einiger Lebensmittel notwendig wurde, zählt auch das für ihn zur bäuerlichen Tradition. Die Erhaltung des Hofes stand im Mittelpunkt, dazu die Tiere mit Familienanschluss und der Glaube an Gott.

Bäuerliche Werte verschwinden

Mit der Technisierung vergrößerte sich die landwirtschaftliche Nutzfläche. Jetzt fallen Worte wie „Betrieb“ anstatt „Hof“ und „Produktion“ anstatt „Selbstversorgung“. Diese Begriffe sind für Siegfried nicht mehr bäuerlich. Trotzdem machte die Technisierung auch vor seinem Hof nicht Halt. Die Fruchtfolge verändert sich zu Rüben – Weizen – Weizen. Heute im Jahr 2016 ist die Fruchtfolge sechsjährig: Rüben – Weizen – Gerste – Raps – Weizen – Weizen oder Raps – Weizen – Weizen – Ackerbohne – Weizen – Gerste. Wo früher noch die „bäuerlichen Genüsse“

im Mittelpunkt standen, thront jetzt die Ökonomie. Der Bauer steht vor der Wahl: Entweder wächst sein Betrieb oder er gibt auf. Das Ziel lautet nach der Fachschule, Ende der sechziger Jahre: 20 ha, 20 Zuchtsauen und 15 Kühe mit der Familie bewirtschaften. Wachstum lautet die Devise: Mit den Ackerflächen, die Siegfried Herbst dazu pachtete, stiegen auch der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Antibiotika und die Anforderungen an den Landwirt. Heute, 2016, bewirtschaften er und seine Ehefrau Inge zusammen mit einem Helfer 110 ha Ackerland. Um die Bäuerlichkeit zu erhalten, geht er jedes Mal vor dem Spritzen aufs Feld, überprüft die Notwendigkeit und wägt mit den Vor- und Nachteilen mechanischer Bodenbearbeitung ab. Die Ende der siebziger Jahre auf 70 Zuchtsauen erweiterte Schweinehaltung wurde in den vergangenen Jahren aufgegeben. Nicht mehr „Muße“ und „Befriedigung“ prägen den Alltag eines Bauern, viel mehr sind es Eile, Planung, Berechnung und Funktionieren. Der Tag eines modernen Landwirtes kennt keinen Feierabend mehr. Das Einzige, was heute noch bäuerlich sei, sei das Frühstück, fügt Herbst an. Mit der MacSharry-Reform sei der bürokratische Aufwand gestiegen. Die bäuerlichen Werte verschwänden. Während er das Kapitel über die damalige Entwicklung der Landwirtschaft vorliest, langt er sich mit seiner Hand an den Kopf und lacht ein bisschen verzweifelt: „Das habe ich vor 20 Jahren geschrieben und heute ist es noch schlimmer!“. Diese ungesunde Entwicklung wurde von einigen Bauern stark kritisiert und deshalb gründeten sie 1983 den „Arbeitskreis Südniedersachsen der AbL“ in Siegfried Herbsts Küche. Als er davon erzählt, fügt er im selben Atemzug an: „AbL macht süchtig.“ Sein politisches Interesse und Engagement sprudeln immer noch.

Selbstbewusster Bauer

Bei einem Hofrundgang wird sichtbar, was der Wandel in der Landwirtschaft auch mit den Gebäuden seines Hofes macht. Einige der Sauenställe sind schon renoviert und werden anderweitig genutzt, in anderen Gebäuden ist noch sehr gut erkennbar, welche Funktion sie einmal hatten. Die Zukunft seines Hofes ist noch unsicher und das beschäftigt ihn. Er sei offen für vieles: So könne er sich beispielsweise vorstellen, den Hof

Das junge Gemüse

Ich komme nicht vom Hof und habe erst seit ein paar Jahren mit der Landwirtschaft zu tun. Andere Menschen sagen mir häufig, dass das ja interessant sei, was ich studiere. Aber meistens ist dann das Gespräch schon beendet. Und ich frage mich, ob wir tatsächlich in einer Welt leben, in der jeder alle Lebensmittel aus der ganzen Welt zu allen Jahreszeiten isst. Anscheinend wird die Landwirtschaft als etwas wahrgenommen, was im Leben eines „normalen Menschen“ keine Rolle spielt. Das Essen gibt es ja im Supermarkt. Ich bin auf der Suche nach Lösungen, wie man die Landwirtschaft an Otto Normalverbraucher heranbringen kann.

Als jAbL-Neuling habe ich erfahren, dass es viele Menschen gibt, denen es ähnlich geht wie mir und die dafür kämpfen, dass die Landwirtschaft wieder (an)fassbar wird. So, dass die „normalen Menschen“ ihre Kulturlandschaft wieder wahrnehmen und vor Ort erfahren können, dass hinter ihrem Essen keine Fabrik, sondern die Natur steht und Menschen, deren Herzen für ihren Beruf schlagen. *tw*

auf den ökologischen Landbau umzustellen. Trotzdem sei es nicht leicht, dass alles in der Schwebe stehe.

Auf die Felder fahren wir nicht mehr – Ich bin schon eine ganze Weile da und außerdem muss heute Abend ja noch gedroschen werden.

Und was ihm geblieben sei, seit er damals Landwirt aus „bäuerlichen Genüssen“ geworden ist? Ohne zu zögern sagt er, es sei der Spaß an seiner Arbeit. Und im nächsten Satz beginnt er von seinen drei Kindern zu erzählen, die alle beruflich mit der Landwirtschaft verbunden sind. Ich spüre, wie es ihn von Herzen freut, dass das berufliche, politische und private Wirken von ihm und seiner Ehefrau Wurzeln geschlagen hat. Vielleicht kommt eines seiner Enkelkinder zurück und übernimmt den Hof. Die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft ist da und hat Potential. Siegfried Herbst erfahre ich als sehr bewussten und überzeugten Bauern mit einer großen Begeisterung für die bäuerliche Landwirtschaft und die Agrarpolitik. Für die bäuerlichen Genüsse steht Siegfried Herbst ein und kämpft dafür seit nun mehr als 30 Jahren, seit damals der Arbeitskreis Südniedersachsen der AbL in seiner Küche gegründet wurde.

*Theresa Wildemann,
Agrarstudentin Witzenhausen*



Herbstliche Runde mit alten Hasen und ganz jungem Gemüse

Foto: Wildemann

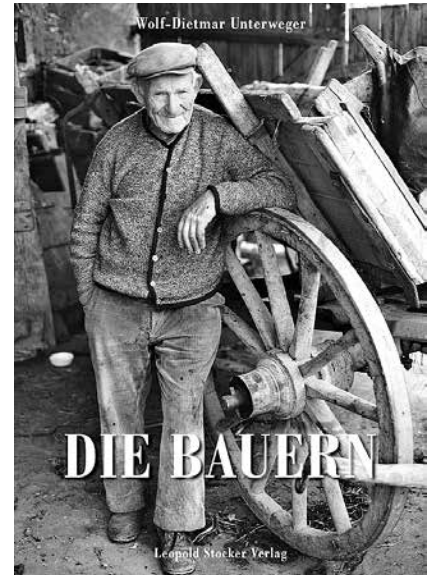
Die Bauern – Fotoband in drei Teilen

Es ist ein bildgewaltiges Werk: In drei Bänden hat der Naturfotograf Wolf-Dietmar Unterweger seine Sicht auf „unsere tausendjährige Bauernkultur“ zusammengestellt. Es geht ihm um „bewährte, naturnahe und nachhaltige Form der Landbewirtschaftung“, die er im Laufe der letzten 40 Jahre dokumentiert hat. Es sind wunderschöne Bilder dabei, aber die Fülle erschlägt letztlich ziemlich: Die Eindrücke reichen von Portraits, Arbeitssituationen, Gartenimpressionen, Hoftoren und Gebäudeeindrücken bis hin zu Hoftieren sowie Pferde- und Ochsengepannar-

beit. Dabei begleitet die Fotografien eine etwas melancholische Stimmung, weil sie auf eine gewisse Art einen Verfall zeigen sowie viel mühevollen Arbeit und größtenteils alte bis sehr alte Menschen. Zu den Gedanken, die Unterweger in Begleittexten hinzugefügt hat, scheinen die Motive deshalb eher im Kontrast zu stehen: Er spricht sich für eine bäuerliche Landwirtschaft zur Bewältigung von Zukunftsherausforderungen aus, für starke Bäuerinnen und Bauern, für eine lebendige Agrar- bzw. Bauernkultur. Was mir fehlte, ist der dazu passende zukunftsgerichtete Blick,

Bilder einer modernen bäuerlichen Landwirtschaft: gelebte Beispiele bäuerlichen Wirtschaftens, Lebensentwürfe junger Menschen, Integration von altem Erfahrungswissen, erprobten Verfahren und neuen Ideen. *cw*

Wolf-Dietmar Unterweger: *Die Bauern*. Stocker Verlag, Graz 2014, drei großformatige Bände im Schubert, gebunden, 1.632 Seiten, über 1.000 Farbbildungen, 298,- Euro, ISBN 978-3-7020-1495-7



Starke Frauen – und Männer

Auch 2017 gibt es wieder "Starke Frauen" im Kunstkalenderformat, herausgegeben vom Grafiker und Verleger Utz Benkel. Versammelt sind 13 Portraits starker Frauen aus aller Welt, aus verschiedenen Jahrhunderten und aus verschiedenen Lebensbereichen, die von zeitgenössischen KünstlerInnen gemalt, gezeichnet und geschnitten wurden. Darunter sind dieses Mal Coco Chanel (Yulya Protsyshyn) und Astrid Lindgren (Eva Aulmann). Erstmals erscheint dieses Jahr in ähnlicher Aufmachung der Kalender „Männer“, z.B. mit Charles Bukowski (Utz Benkel) und einem Doppelporträt von Willy Brandt

und Egon Bahr (Andreas Raub). Dargestellt werden bei Männern wie Frauen „außergewöhnliche Persönlichkeiten, die durch beeindruckende Leistungen Herausragendes geschaffen haben oder dank ihrer je eigenen Haltung zum Vorbild geworden sind“. *cw*

Kalender 2017 „Starke Frauen“ und „Männer“, DIN A3 Format, Spiralbindung, 14 Blatt, Kalendarium mit die Geburts- und Sterbetage von 365 außergewöhnlichen Frauen/Männern, je 19,50 Euro (inkl. 5 Euro Versandkosten), Bestellung über den Abl Verlag oder direkt per E-Mail: grafikbenkel@t-online.de



Bestellcoupon

Ich bestelle:

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2016 Schwerpunkt: Wachstum - 22,00 € 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 € weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

Matthias Stürwaldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- 30,00 € "Wir sind ein Abl Bauernhof"
- 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
-je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder Abl Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche Kleinanzeigen 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de, Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS November ist der 14. Oktober 2016.**

Hof und Arbeit

• **Sympathischer syrischer Landwirt**, 51 J., mit 17 jähriger Tochter, seit 1 Jahr in Deutschland, sucht Arbeit auf einem landwirtschaftlichen Betrieb (alle Regionen). Erfahrungen im Tierbereich, ausgebildet in Damaskus. Interesse am ökologischen Landbau. Gute deutsch und englisch Kenntnisse sowie eine Arbeitserlaubnis sind vorhanden. Weitere Infos: Catarina von Wedemeyer ☎ 0176-81085083 oder 030-54598788, cwvedemeyer@googlemail.com

Sonstiges

• **11 Wochen alten Labradormischling**, schwarz mit braunen Füßen, Rüde ungeimpft in gute Hände abzugeben. Oberfranken ☎ 09270 - 91313

• **Bioland-Obstbäume und Beerenobst**, bewährte Sorten, beste Bioqualität Baumschule PFLANZLUST ☎ 05692 - 8635, www.biobaumversand.de

Marktstände für Direktvermarkter
ökologisch - praktisch - schön

www.klipklap.de 16845 Rohrlack 033928 239890

HANDEL VON BAUER ZU BAUER!

EFN
Eiweißfutter aus Niedersachsen

Stellen Sie Ihre Erntemengen in die Warenbörse ein!

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf:
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

☎ 05507 9644640

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Abl **Herbsttagung Landesverband Niedersachsen**

23.10.2016, 10.00 Uhr

Bauer-Landwirt-Agrarunternehmer
Wer bin ich - wer will ich sein?

Diskussionsgäste:

- Dirk Fisser, Journalist, Neue Osnabrücker Zeitung
- Ricarda Raabe, Pastorin, Referentin für Kirche und Landw.
- Vertreter des Landvolks (angefragt)
- Johanna Böse-Hartje, Milchbäuerin im Kreis Verden, aktiv bei der Abl und dem BDM

Über die Entwicklung der Landwirtschaft und die Entstehung von Lebensmitteln wird von Verbraucher*innen, Fachorganen und Medien viel geschrieben und diskutiert. Dabei entstehen je nach Informationsquelle unterschiedliche Bilder von dem Berufsstand Landwirt*in. Mal sind sie die Massentierhalter, mal die Naturschützer. Die Veranstaltung versucht, einen differenzierten Blick auf die Wahrnehmung der Landwirt*innen und ihre Höfe zu geben.

Nach dem Mittagessen berichtet wie gewohnt der Landesverband über die Tätigkeiten des letzten halben Jahres, sowie über anstehende Themen, Termine, Entwicklungen.

Ort: Niedersachsenhof, Lindhooper Straße 97, 27283 Verden
Unkostenbeitrag 20,- € für Kaffee und Mittagessen.
Für Studenten, Arbeitslose etc. auf Antrag Verbilligung.
Anmeldung zum Mittagessen: o.ilchmann@yahoo.de, Tel.: 04967/334

Veranstaltungen

2. WHES Kongress

30.09.-03.10.2016, Berlin
Ausführliches Programm und Anmeldung unter: www.wir-haben-es-satt.de
Kongressort: Emmaus-Kirche, Lausitzer Platz 8A, 10997 Berlin-Kreuzberg

Recht auf Nahrung

05.10.2016, 10.00 Uhr, Hamburg
Tagung zu internationalen landwirtschaftlichen Investoren und dem Recht auf Nahrung in Tansania. Gäste: Denis Mpagaze, Tansania; Kerstin Lanje, Misereor; Simone Kanpp, KASA.
Ort: Rudolf Steiner Haus, Hamburg, www.agrarkoordination.de

Tiergerechte Haltungsverfahren

08.-09.10.2016, Fulda
Junge Ideen für tiergerechte Haltungsverfahren. Ein Workshop für junge Leute, die gemeinsam neue Ideen zu zukunftsfähigen und tiergerechten Haltungsverfahren entwickeln wollen.

Veranstalter: KTBL, Veranstaltungsort: Parkhotel Kolpinghaus Fulda, Goethestraße 13, 36043 Fulda, Anmeldung und Infos: www.ktbl.de -> Termine und Veranstaltungen

Abl **Regionalgruppe Oberland**

17.10.2016 - 20.00 Uhr

Boden- und Gewässerschutz und Wildlebensraum auf landwirtschaftlichen Flächen - Ansätze und mögliche Lösungen
Gasthaus Stroblwirt in Oberhausen

Ort: Evangelische Akademie Loccum
Information und Anmeldung: <http://www.loccum.de/programm/p1667.html>

Solidarische Landwirtschaft **Kooperation(en) kultivieren!**
04. - 06. 11. 2016

Herbsttreffen des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft

Kleinbäuerliche Betriebe, die eine Zukunft suchen, städtische Initiativen und Ernährungsräte mit dem Ziel lokaler gesunder Versorgung, Solawis, die ihre Produktpalette Richtung Vollversorgung ausbauen möchten, Neugründungen in der Nachbarschaft, Zusammenarbeit mit Gastronomie oder Kindergarten - die Solawi reicht in immer neue Sphären und Bereiche hinein.

Ort: Gemeinschaft Lebensbogen in der Nähe von Kassel (<http://www.lebensbogen.org/>)
Anmeldung: www.solidarische-landwirtschaft.org

Abl **Tag der Landwirtschaft**
30.10.2016, 9.00 - 17.00 Uhr

Vorträge und Podiumsdiskussion:

Bäuerliche Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt ermöglichen!
„Ausverkauf der Landwirtschaft? Situation in Ostdeutschland“, Georg Janßen (Bundesgeschäftsführer Abl)

Podiumsdiskussion mit folgenden Teilnehmern:

- Claudia Dalbert (Landwirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt)
- Jobst Jungehülsing (BMEL)
- Georg Janßen (Bundesgeschäftsführer Abl)
- Michael Grolm (Vorsitzender Abl Mitteldeutschland)

Moderation: Reiko Wöllert (Geschäftsführer Abl Mitteldeutschland)

Anschließend Mittagessen, nachmittags:
„Hecken und Baumlandschaften in Europa, Anleitung zu einer Feld- und Baumwirtschaft“, Michael Grolm (Thüringer Obstbaumschnittschule)
„Die Kirche überprüft ihre Pachtkriterien - wie bringen wir uns ein?“, Reiko Wöllert (Geschäftsführer Abl Mitteldeutschland)
Diskussion über aktuelle agrarpolitische Forderungen und Wahl des Abl-SprecherInnenrates
Gäste und Interessierte sind herzlich willkommen!
Unkosten: 15 bis 25,- € - Getränke, Imbiss, Mittagessen, Kaffee und Kuchen
Ort.: Hochschule Anhalt in Bernburg

Seenbelastung

14.10.2016, 19.30 Uhr, Mölln
Vortragsveranstaltung und Aussprache zur Natur- und Umweltbelastung durch die konventionelle Landwirtschaft, insbesondere in den Seen. Elisabeth Wesseler, Fachreferentin im LLUR, berichtet über die Situation in den Seen und Jochen Dettmer, Sprecher von NEULAND und des BUND-AK Landwirtschaft, spricht über nachhaltige Landwirtschaft.
Ort: Quellenhof, Hindenburgstraße 16, Mölln

Hochwasserschutz

1.-2.11.2016, Rehburg-Loccum
Tagung zum Thema: „Vor uns die Sintflut? Hochwasserschutz in Deutschland“. Laut einer aktuellen Studie des Umweltbundesamtes werden bis zur Mitte dieses Jahrhunderts Hochwasserrisiken durch Sturmfluten und Flusshochwasser zunehmen. Bund, Länder und Kommunen haben Schutzmaßnahmen ergriffen. Verstärkt wird auf präventiven Hochwasserschutz gesetzt. So soll auch Raum für Überschwemmungsgebiete wieder frei gegeben werden. Dies führt zu Konflikten zwischen Landwirten, die Flächen aufgeben müssen, dem Umweltschutz, der Priorität für ökologischen Hochwasserschutz fordert, und anderen Anrainern, die auf technische Schutzmaßnahmen setzen.

Ort: Evangelische Akademie Loccum
Information und Anmeldung: <http://www.loccum.de/programm/p1667.html>

Fortbildung Öko-Landbau

03.11.2016, 9.00 Uhr, Bad Döben
Die Sächsische Interessensgemeinschaft Ökologischer Landbau e.V. behandelt auf ihrer Tagung unter anderem die Themen: Körnerleguminosen, Einfluss von Pestiziden, Nutztierhaltung im Ökolandbau.

Ort: Heide Spa Hotel, Bitterfelder Straße 42, 04849 Bad Döben, Unkostenbeitrag 10,- €, Anmeldung und Informationen: Tel./Fax: 034243-21491

GMO Symposium 2016

10.11.2016, Bern
Die Schweizer Allianz Gentechfrei lädt zu einem Symposium mit hochkarätigen ExpertInnen ein: „Ziel ist es, eine vertiefte Diskussion über die Risiken der Gentechnologie zu initiieren und die Meinung zu widerlegen, dass es einen wissenschaftlichen Konsens über die Harmlosigkeit und Nützlichkeit von GVOs gibt.“

Informationen und Anmeldung: <http://symposium.gentechfrei.ch/de>

Biologische Landwirtschaft

10.11.2016, A - Irdning
Österreichische Fachtagung: LOW-INPUT Grünlandwirtschaft u. Rinderhaltung - Erfahrungen aus Forschung und Praxis.

<http://www.raumberg-gumpenstein.at/cm4/de/aktuelles-1fz/termine.html>

Perspektivwechsel!

11.-13.11.2016, Fulda
Thema der Öko-Junglandwirte-Tagung 2016. Tagtäglich arbeiten wir mit Pflanzen, dem Boden und Tieren – aber sehen wir uns jemals aus ihren Augen? Was denkt die Öffentlichkeit über uns und welche Position haben wir in der Presse? Arbeitet der Tierschutz gegen oder mit uns und was denken eigentlich die Jungen über die Zukunft unserer Landwirtschaft? Warum haben Verbraucher Interesse daran einen Hof zu finanzieren und was sind ihre Erwartungen? Endlich habt Ihr die Zeit, Euch und Euren Betrieb aus einem anderen Blickwinkel zu sehen!

Tagungsort: Jugendherberge Fulda Schirrmannstraße 31, 36041 Fulda.
Anmeldung und Information: <http://www.oeko-junglandwirte-tagung.de>

Abl 18. - 20.11.2016
in Altenkirchen

Agrarpolitische Tagung
„Auswege aus der Agrarkrise“ &
AbL-Bundesmitglieder-versammlung
mit turnusmäßigen Wahlen zum Bundesvorstand
Antragsschluss ist der **16.10.**
Programm folgt in der nächsten Bauernstimme

Abl **Mitteldeutschland**

Stammtisch Thüringen:
Jeden 2. Dienstag im Monat
19 Uhr im Restaurant
„Schwanenseeschlöbchen“

Stammtisch Sachsen-Anhalt:
07.11. 19.00 Uhr, 06108 Halle
Altes Postamt,
Bernburger Str. 25 A



FÜR EINE GERECHTE AGRAR-SOZIALPOLITIK

**SOZIALWAHL 2017
IHRE STIMME ZÄHLT! - JETZT UNTERSCHREIBEN!**



WWW.AGRARSOZIALWAHL.DE

Impressum **b** unabhängige Bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Christine Weißenberg: 02381-492210
 FAX: 02381/492221, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288, Fax: 02381/492221, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
 Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
 Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzhausen, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
 Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
 Annemarie Völling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:
 Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de

Eiweißfutter aus Niedersachsen
 Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

AbL Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 103,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 138,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 48,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 73,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____
 Straße: _____
 PLZ, Wohnort (Landkreis): _____
 Telefon/Fax E-Mail: _____

AbL Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Geschäftsführung:
 Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, Schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel .u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnied: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393, andrea.sweers@googlemail.com

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;
 Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de
 Henrik Maaß, Tel.: Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de
 Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmech; Tel.: 07553-7529, a.schmech@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Rita Huber, Tel: 08683-557, huber.aichlberg@gmx.de
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Hans Zacherl, Tel: 08146/9127
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, bagrei@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Stephan Kreppold, Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de, Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de
Thüringen: Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;
 Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;
 Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Ich zahle: _____ Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Städtereisen, mal anders

Wir waren in Kiel, wir fahren jedes Jahr einmal nach Berlin, im Januar. Warum nicht auch mal nach Hamburg? Soll ja schön sein da, bei uns sagt man: „Das Plön des Südens“, mit dem ganzen Wasser in der Stadt, Alster, Elbe, der ganze Kram. Außerdem war für Sonnabend, den 17. September, eine große Anti-TTIP- und -CETA-Demo angekündigt. Wir würden also nicht alleine sein. Und wir fanden, dass es wichtig sei, dass auf dieser Demo auch Trecker, also Landwirtschaft, also Bauern, zu sehen sein müssten. Schließlich geht es bei diesen geplanten Freihandelsabkommen auch darum, uns endlich die chemisch und gentechnisch aufgepimpten Agrarprodukte aus Nordamerika auf den Tisch zu bringen.

Um Viertel vor fünf klingelte der Wecker. Das ist früh für mich; schließlich melke ich immer erst um halb acht. Draußen fiel ein fetter Regen. Der erste Gedanke war: Wie schön, dass wir gestern am späten Abend mit Silofahren fertig geworden sind. Der zweite: Wieso klingelt der verkackte Wecker so früh? Dann fiel es mir ein: unsere Städtereise nach Hamburg. Um sechs wollten wir losfahren, mit fünf Treckern aus den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Plön und Segeberg. Und an meinem Landini waren noch der Schwader und die Rundballenzange. Und es pisse, so ein Scheiß. Mit einer Mischung aus Bock und Bocklosigkeit rollte ich mich aus dem Bett. Kaffee und Tee kochen für die Reise, einen Proviantkorb packen. Wenn mein Vadder mal weggefahren ist, hat meine Mudder das immer gemacht. Einige so genannte Errungenschaften der Emanzipation sind durchaus zu hinterfragen, finde ich. Dann noch das „Bauernhöfe statt Agrarindustrie“-T-Shirt anziehen. Gibt es jetzt ja auch in XXL. Endlich.

Und raus. Trecker tanken, Geräte ab-

bauen, Transparente und Schilder anbringen. Keinesfalls den Trecker säubern. Diese Entscheidung sollte meinem Landini später die Auszeichnung „authentischster Trecker der Demo“ einbringen. Gab aber kein Preisgeld.

Die erste Überraschung: Die Kollegen sind pünktlich. Yannick Rzehak ist der erste. Zweite Überraschung: Mit einem Landini! Und ich dachte immer, es wurde nur einer gebaut! Nämlich meiner, an einem Montag. Wenig später kommen Ottmar (mit einem Claas und seinem Hofhund) und Carsten (mit einem John Deere). Was zur Folge hat, dass unsere erste Etappe bis Bad Segeberg als Treckerkonvoi den historisch höchsten Landini-Anteil von sagenhaften 50 Prozent aufweist. Erst ab Blunk kommen noch die Stoltenberg-Schwestern Anna und Auguste hinzu, auf Valtra. Liest sich fast wie eine Reportage vom roten Teppich. Nicht in Gucci, auf Valtra.

Inzwischen hatte der Regen aufgehört, und je näher wir der großen Stadt kamen, desto weniger Verkehr war da. Hamburg schläft Sonnabends morgens um neun Uhr noch. Beim Millerntor trafen wir auf die anderen fünf Trecker (unter anderem ein etwas glamouröser türkisfarbener Fendt) und auf Berit, Annemarie und Georg, die dort mit Transparenten auf uns warteten. Wie immer war die Freude groß, als wir uns in die Arme fielen. Mit zehn Treckern fahren wir dann, eskortiert von der Polizei, zum amerikanischen Konsulat, um dort einen Brief abzugeben. Auf eine Gesprächsanfrage haben die nicht mal reagiert. Solch eine Ignoranz macht mich sprachlos vor Empörung. Bescheidene Hütte übrigens, direkt an der Alster. Nicht der schlechteste Platz, um zu zeigen, dass einem der Rest der Welt egal ist.

Weiter ging es zum Ballindamm am



Bäuerliche Interessen vor der bescheidenen Hütte kundgegeben

Foto: Volling

Alsterufer, wo wir die Trecker direkt vor den Niederlassungen nobler Privatbanken abstellten. Niemals zuvor hatten dort so viele Leute in einer Reihe geparkt, die so was von nicht zur Zielgruppe der gehobenen Finanzwirtschaft gehören. In einem Akt des Widerstands pinkelte Ottmars Hund vor einer der Banken. Hätte er sich dazu ins Foyer begeben, man hätte sagen können, er mache nun in Finanzgeschäften. Auf dem Rathausmarkt die erste Kundgebung. Mindestens 30.000 Leute waren gekommen. Als die Milchbäuerin Anneli Wehling sprach – sie hielt die mit Abstand beste Rede, emotional und ergreifend, mit Herz – standen wir Bäuerinnen und Bauern auf der Bühne und zeigten, was wir von TTIP und CETA halten. Anschließend führten wir den Demonstrationzug an. Am Anfang fast ein Berlin-Moment: Mit dem Trecker durch das Spalier der Protestler, die uns Beifall klatschten, ebenso wie viele Hamburger, die oft spontan ihre Zustimmung zeigten. Nur einer, nahe der Reeperbahn, hielt die Daumen runter. Typ Lude, solariumbraun, Goldkette, weißes Hemd, Cowboystiefel, zu Fuß unterwegs, und ich dachte: Wenn die Luden nicht mehr Por-

sche oder Jaguar fahren, sondern zu Fuß laufen müssen, ist die Welt schon ein kleines bisschen besser geworden.

Als wir später dann nach Hause fuhr, war die Stadt voll, voll mit Autos und mit Menschen, und es war nicht einfach, mit fünf Treckern zusammenzubleiben. Ich fuhr vorweg, mit Navi, und ich hatte Ottmar versprochen, ihn nicht in der Stadt zurückzulassen. Ich hielt Wort. Als wir später zum Pinkeln anhielten, außerhalb der Stadt, war Ottmar immer noch ganz aufgebracht. So viele Menschen, die shoppen, fressen, Kaffee Ladde saufen, haben die kein Zuhause? Haben die keine Arbeit? Ottmar, die haben Wochenende, versuchten wir ihn zu beruhigen.

Am Ende kamen wir alle wieder gut zuhause an. Zehn Trecker, das war nicht allzu viel. Nicht einer dabei von den gut gehenden Biohöfen aus Hamburgs Speckgürtel. Aber immerhin: Zehn Trecker sind besser als nichts. Man stelle sich vor, kein Trecker, keine Bäuerin, kein Bauer wäre vorneweg gefahren. Es wäre eine schlechtere Demo gewesen, so viel ist mal klar.

Matthias Stührwaldt,
Kubbauer aus Stolpe

unabhängige Bauernstimme: auf Tour

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (41,40 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 30 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,90 € bzw. 33,40 € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221